

wo die Aktenlage es erfordert, von Fall zu Fall geprüft werden, ob auch für die Bestände westlicher Archive eine vorzeitige Aufhebung der 30-Jahre-Sperrfrist möglich ist. Schon jetzt droht sich eine bedenkliche „Asymmetrie“ der Forschung zu verfestigen.

Sondervotum der Mitglieder der Fraktion der SPD, des Mitglieds der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen sowie der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit, Mitter und Weber zu vorstehender Handlungsempfehlung:

„Im Interesse einer fundierten Aufarbeitung der SED-Diktatur sollte dort, wo die Aktenlage es erfordert, geprüft werden, ob auch für die Bestände westlicher Archive eine vorzeitige Aufhebung der 30-Jahre-Sperrfrist möglich ist. Schon jetzt droht sich eine bedenkliche „Asymmetrie“ der Forschung zu verfestigen.“

- Die zügige Erschließung der Archivalien muß durch die finanzielle und personelle Absicherung der Archive gewährleistet werden.
- Die Suche nach „vagabundierenden Akten“ sollte intensiv fortgesetzt werden.
- Die schriftlichen Überlieferungen von Betrieben und Kombinatn der DDR sollten an die jeweils zuständigen öffentlichen Archive übergeben werden.
- Die gegenwärtigen, teils noch erheblichen räumlichen, finanziellen, personellen und technischen Probleme früherer DDR-Archive, vor allem auf lokaler Ebene, müssen behoben werden. Hierzu zählen insbesondere auch die aus der Bürgerbewegung hervorgegangenen und heute oftmals allein vom ehrenamtlichen Engagement der Beteiligten getragenen Archive.
- Die Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit der Russischen Föderation und den anderen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion sowie insbesondere auch mit den ostmittel- und südosteuropäischen Staaten bei der Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit sollte intensiv gefördert werden.
- Außer dem Verbleib sollte auch die Möglichkeit des Zugangs zu den Akten internationaler Organisationen, in denen die DDR Mitglied war, speziell des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe und des Warschauer Paktes, sowie generell zu Akten, die die internationale Koordination der Politik der kommunistischen Staaten und Parteien betreffen, geklärt werden.

D. *Sondervotum des Mitglieds Gruppe PDS/LL Abg. Dr. Dietmar Keller zu dem vorliegenden Bericht*

„Zum ersten Mal seit 1969, dem Jahr, als mit der „Kleinen Parlamentsreform“ die Enquete-Kommission in die Geschäftsordnung des Deutschen Bundes-

tages eingeführt wurde, beschäftigte sich eine solche mit einem politisch-historischen und ideologiegeschichtlichen Thema. Ihre Konstituierung war de facto ein Experiment. Auftrag der Enquete-Kommission war es, die „Geschichte und die Folgen der SED-Diktatur in Deutschland politisch aufzuarbeiten“, „verletztem Rechtsempfinden durch Offenlegung des Unrechts und Benennung von Verantwortlichkeiten Genüge zu tun“ und „einen Beitrag zur Versöhnung in der Gesellschaft zu leisten“ (Deutscher Bundestag, Drucksache 12/2597). „Die Auswirkungen der SED-Diktatur sollten an zentralen Fakten und Beispielen veranschaulicht werden“ (Beschluß der Enquete-Kommission vom 30. Juni 1992). In das öffentliche Bewußtsein sollte gehoben werden, wie „das totalitäre System der DDR, die zentral verwaltete Mangelwirtschaft, zum Beispiel ebenso wie die weltanschauliche Erziehungsdiktatur, das Leben eines jeden einzelnen prägte, seine Freiheit und Lebenschancen einengte“. Die Arbeit der Enquete-Kommission sollte auch darauf gerichtet sein, „verborgene interne Machtstrukturen und -stränge sowie die psychologischen Hintergründe bei der massenhaften Pervertierung des Rechts aufzuspüren“.

Demgegenüber ging die PDS/Linke in ihrem abgelehnten Antrag zur Einsetzung einer Enquete-Kommission „Politische Aufarbeitung der DDR-Geschichte“ (Deutscher Bundestag, Drucksache 12/2226) von der Notwendigkeit aus, „einen Beitrag im Rahmen einer breit angelegten öffentlichen Erörterung über Staat und Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik zu leisten“. Die Enquete-Kommission sollte sich in ihrer Arbeit daher insbesondere von folgenden Prinzipien leiten lassen:

- der „Notwendigkeit einer sachlichen und differenzierten Aufarbeitung der DDR-Geschichte“
- einer „wissenschaftlichen Kritik“ der These vom „Unrechtsregime Deutsche Demokratische Republik“ und der Ergründung der „Ursachen des Scheiterns des (Sozialismus)Versuches“ in der DDR. Gefordert wurde, die „Aufarbeitung als ein gesamtdeutsches Unternehmen zu vollziehen“, von den „Wechselbeziehungen der Nachkriegsgeschichte zwischen beiden deutschen Staaten und deren Einbindung in internationale Kräftekonstellationen und spezifische Bündnisse aus(zu)gehen“ und „die Aufarbeitung der Geschichte dieses Jahrhunderts in ihrer Gesamtheit“ anzugehen.

Die Enquete-Kommission hat zweifelsohne eine umfangreiche Arbeit geleistet. Anerkannt wird das Bemühen von einigen Mitgliedern der Kommission und von Sachverständigen um eine differenzierte Auseinandersetzung und gegen vereinfachende Schwarz-Weiß-Malerei.

Mit dem Sondervotum ist nicht beabsichtigt, der Beurteilung der Arbeit der Kommission durch die Öffentlichkeit vorzugreifen. Der Votierende ist sich auch des Für und Wider des eigenen Mitwirkens in der Kommission bewußt. Er sieht in Teilen des Berichtes ernstzunehmende Diskussionsbeiträge und Arbeitsergebnisse und möchte davon ausgehend Defizite benennen:

1. Der Widerspruch zwischen politischer Willensbildung, die durch die Enquete-Kommission im Prinzip zum Abschluß gebracht werden sollte, und der Suche nach der Wahrheit, die nach Aussagen vieler Wissenschaftler in Ost und West eigentlich gerade erst begonnen hat, war nicht lösbar. Vorurteile über die Geschichte der DDR finden sich im Abschlußbericht wieder, sind aber wissenschaftlich nicht belegt.
2. Das nach der zweijährigen Tätigkeit der Enquete-Kommission vorliegende Resultat ist geprägt vom Widerstreit zwischen den wissenschaftlichen Erfordernissen, den politischen Zielstellungen und den sachlich-zeitlichen Möglichkeiten ihrer Realisierung, aber auch von den unterschiedlichen politischen Standorten und individuellen Erfahrungs- und Erlebnishorizonten, die die Arbeiten beeinflußt haben, nicht zuletzt aber auch von der Uneinheitlichkeit des wissenschaftlichen Erkenntnisvorlaufes sowie seiner Deutungen. Der Abschlußbericht insgesamt kann deshalb auch aus der Sicht des Votierenden weder als abgerundete noch als definitive Aussage zum Gesamtanliegen verstanden werden. Für die Neubewertung der Geschichte der DDR wäre u. a. die Öffnung der Archive der Alt-Bundesrepublik Deutschland genauso notwendig gewesen wie die Kenntnis der wichtigsten Quellen in den Archiven der Alliierten. Dieser Zugriff wird nach wie vor verweigert. Ergebnis ist ein Zerrbild, bei dem viele Entscheidungen in der DDR unverständlich erscheinen müssen, solange die diesbezüglichen Planungen, Maßnahmen und Entscheidungen in der Bundesrepublik Deutschland und durch die Alliierten unbekannt bleiben.
3. Eine objektive Bewertung der DDR-Geschichte schließt auch ein, sie weniger an den Maßstäben der Alt-Bundesrepublik Deutschland zu messen, sondern die Tatsache in Rechnung zu stellen, daß die DDR eine Gesellschaft mit eigenen Regeln, Werten und Konfliktregulierungsmechanismen war. Sie auf den Aspekt ihrer diktatorischen Entscheidungsstrukturen zu reduzieren bedeutet, sie als Repressionsstaat zu simplifizieren und zu verkürzen. Die DDR war als Staat und Gesellschaft auch sozialer Vorsorgestaat und zum Teil Solidargesellschaft mit einem spezifischen „Wir-Gefühl“.
4. Der Bericht enthält eine Reihe Aussagen, die durch die Arbeitsergebnisse von Expertinnen und Experten und Anhörungen keinesfalls ausreichend abgedeckt und bewiesen, zum Teil sogar falsch und widerlegt sind. Das betrifft insbesondere folgende Positionen:
 - daß im Osten Deutschlands ein nahtloser Übergang von einer Diktatur zur anderen stattgefunden habe
 - daß demzufolge das politische System und die gesellschaftliche Praxis in der DDR vom Wesen her Ausdruck von Unrecht waren
 - daß die gesamte gesellschaftliche Entwicklung in der SBZ/DDR ab 1945 nichts weiter als die praktische Umsetzung einer wirklichkeitsfremden marxistischen Theorie gewesen sei

- und daß die Bevölkerung der DDR durchgängig den proklamierten Zielstellungen und daraus abgeleiteten politischen Schritten überwiegend ablehnend gegenüberstanden hätten.
5. Die Geschichte der DDR ist auch die Geschichte von Opfern und Tätern, von Fehlleistungen, Versagen und Verbrechen, vor allem aber ist sie Alltagsgeschichte von Millionen von Menschen, deren persönliches Glück und Leid, Geborgensein und Wohlbefinden, deren Konflikte und Proteste, öffentliches Wagen und Zurückziehen in die „Nische“ sich durch keine Quellen in den Archiven belegen läßt. Finden diese Menschen ihre Geschichte und ihre Geschichten, die Normalität, aber auch Größe und Tragik ihrer Biographien nicht in der Geschichtsschreibung und in den politischen Werturteilen der herrschenden politischen Klasse wieder, hat letztere versagt.

Das Sondervotum möchte jedoch keineswegs einem schematisch umgekehrten Gesamturteil das Wort reden. Der Autor ist sich der Meinungsvielfalt und unterschiedlichen Standpunkte von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu vielen der aufgeworfenen Fragen bewußt. Er plädiert deshalb für die konsequente Weiterführung der historisch-analytischen Untersuchungen der Entwicklung in der DDR und in der BRD. Im Kontext zum Abschlußbericht werden zu folgenden Schwerpunkten Angebote für die Diskussion zur weiteren wissenschaftlichen Wahrheitsfindung als Voraussetzung einer ausgewogenen politischen Willensbildung unterbreitet:

- I. Zu den beiden Wegen deutscher Nachkriegsentwicklung
- II. Der Kalte Krieg und die beiden deutschen Staaten
- III. Die SED und Ursachen des Scheiterns ihres Sozialismusversuches
- IV. Zum Diktaturenvergleich von NS-Regime und SED-Staat
- V. Die DDR, ihre Bürgerinnen und Bürger und ihre Leistungen

Nach vielen Diskussionen konzentriert sich der Votierende dabei auf ausgewählte Probleme und stützt sich vor allem auf die Expertisen in den bisher vorliegenden Bänden „ANSICHTEN zur Geschichte der DDR“ und weiteren Ausarbeitungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich selbst der Begrenztheit und Unterschiedlichkeit ihres Erkenntnisstandes sowie von Differenzen und Meinungsverschiedenheiten zwischen ihren Aussagen bewußt sind.

Die Geschichte geht weiter, ihre Bewertung wird mit jeder neuen Arbeit neue und andere Akzente erfahren.

I. Zu den beiden Wegen deutscher Nachkriegsentwicklung

1. In der Tätigkeit der Enquete-Kommission blieb eine zentrale Frage außerhalb der Betrachtung, die lange Zeit die Geschichtsdebatte beherrschte, weil

mit ihr die für das Selbstverständnis der Bundesrepublik und für die historische und nationale Identität ihrer Bürgerinnen und Bürger wichtigsten Belange zur Sprache kamen: die Frage nach dem „deutschen Sonderweg“. Stattdessen kehrte teilweise „die westliche Vorstellung von der DDR“ in „schrecklicher Vereinfachung“ „zum Bild der fünfziger Jahre“ zurück (Peter Bender). Dabei ist offenbar jedes Gespür dafür verlorengegangen, daß der Entstehung und Entwicklung der DDR in einem hohen Grade historische Zwangsläufigkeiten innewohnen, die sich aus Epochenkonstellationen der deutschen, europäischen und Weltgeschichte, nicht zuletzt aus Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg ergaben, und daß das Scheitern der DDR und des „Realsozialismus“ als Epochenerscheinung etwas mit weltgeschichtlicher Tragik zu tun hat. Die Ostdeutschen konnten es sich nicht aussuchen, ob sie im sowjetischen Herrschaftsbereich und auf der wirtschaftlichen Schattenseite oder unter westlicher Vorherrschaft und auf der wirtschaftlichen Sonnenseite deutscher Nachkriegsentwicklung lebten.

2. Die DDR ist zureichend nur in ihrem historischen Wandel zu erfassen, einschließlich der deutlichen Unterschiede hinsichtlich ihres historischen Platzes und ihrer Zukunftsperspektive bei einem Vergleich etwa zwischen Mitte der fünfziger und Mitte der achtziger Jahre. „Realsozialismus“ und DDR schienen in den fünfziger und sechziger Jahren, insbesondere 1956 und 1968, aber auch noch danach Entwicklungschancen und Zukunftsperspektiven zu besitzen. Allerdings weniger im Sinne des eigenen „marxistisch-leninistischen“ Selbstverständnisses als Verkörperung des Weltfortschritts auf dem Wege in eine kommunistische Zukunft der Menschheit, sondern mehr als spezifische Variante industriegesellschaftlicher Entwicklung und auch Modernisierung anderen ordnungspolitischen und sozialen Typs.
3. DDR-Geschichte ist zweifellos eng mit dem Epochenphänomen des „Realsozialismus“ verknüpft, aber sie geht keineswegs in der Geschichte des „Realsozialismus“ auf. Es geht nicht an, die „realsozialistischen“ Gesellschaften nur mit der Elle der hochentwickelten Industriegesellschaften kapitalistischen Typus und der mit ihnen verbundenen gesellschaftlichen Modernisierungen – die allerdings immer auch Zerstörungen und drohende Zerstörungen einschließen – zu messen und von daher rein negativ zu bewerten. Denn mit ihrem sozialistischen Anspruch und im Bereich ihrer normativen Realität waren die „realsozialistischen“ Gesellschaften – obwohl sie in mancher Hinsicht der Entwicklungslogik kapitalistischer Industriegesellschaften verhaftet blieben und auch Anleihen bei diesen machten – tatsächlich alternativ zu Kapitalismus und bürgerlich-pluralistischen Gesellschaften. Sie bildeten eigene gesellschaftliche Merkmale und Qualitäten, spezifische Verhaltensweisen und ein eigenständiges Wertesystem aus. Die DDR ist sowohl an übergreifenden weltgeschichtlichen Kriterien,

- an allgemein menschlichen Werten als auch an ihren eigenen Maßstäben zu messen. Verglichen mit den in der überwiegenden Mehrheit der Staaten dieser Welt bestehenden politischen, sozialen und kulturellen Zuständen schneidet die DDR in jeder Hinsicht – auch bezüglich der allgemeinen Menschenrechte – gut ab. Mehr noch, sie hat auf wesentlichen Feldern der nationalen und internationalen Politik einen eigenständigen Beitrag zu Frieden und Menschheitsfortschritt geleistet. Der „Realsozialismus“ fungierte in erheblichem Grade als geschichtswirksames Korrektiv gegenüber denjenigen negativen Konstanten der Epoche, die mit ihren imperialistischen Virulenzen zusammenhängen.
4. Nach dem Zweiten Weltkrieg sollte nach übereinstimmender alliierter Absicht eine historische Alternative zum bisherigen Deutschland durchgesetzt werden, was betont – ob berechtigt oder nicht sei dahingestellt – mit der Abkehr von einem „deutschen Sonderweg“ in Verbindung gebracht wurde. Als „Sonderweg“ wurde vor allem die Ausprägung des von anderen europäischen Entwicklungen abweichenden preußisch-deutschen, imperialistisch-militaristischen Reiches verstanden, das im Dritten Reich des Nationalsozialismus und seinen Verbrechen kulminierte. Die deutsche Arbeiterbewegung in all ihren Strömungen, aber auch andere antifaschistisch-demokratische Kräfte unterschiedlichen sozialen und politischen Standortes verbanden die anvisierte historische Alternative mit Zielstellungen, denen bei aller Verschiedenheit gemeinsam war, daß sie über den Kapitalismus hinauswiesen.
 5. Die sich am Beginn deutscher Nachkriegsentwicklung als Möglichkeit abzeichnende Abkehr vom „deutschen Sonderweg“ durch die Gestaltung einer nachkapitalistischen modernen Zivilgesellschaft auf deutschem Boden – in Wechselwirkung mit analogen Bestrebungen in anderen Ländern – verkörperte die echte Chance einer Epochenalternative: eine alternative, zukunftsweisende, Europa einende Nachkriegsentwicklung. Doch eigenes Versagen der zu neuen Ufern aufbrechenden antifaschistisch-demokratischen Bewegungen Europas auf der einen Seite, traditionelle imperialistisch-kapitalistische Macht- und Interessenpolitik wie stalinistische Hegemonialpolitik und Praktiken auf der anderen Seite, drängten neues Denken und Handeln wieder zurück und vereitelten die Realisierung einer solchen Epochenalternative. Es gelang auf deutschem Boden nicht, eine zonenübergreifende, unterschiedliche Kräfte miteinander verbindende Abkehr vom „deutschen Sonderweg“ zu vollziehen.
 6. Es kann niemand beweisen, daß die Spaltung Deutschlands hätte verhindert werden können, aber es läßt sich auch nicht beweisen, daß sie zwangsläufig war. Und es bleibt dabei, daß die Entscheidung für den Weststaat, also für die Abschreibung der Ostzone und für die Teilung Deutschlands, eine westalliierte bzw. westdeutsche war, die spätestens 1947

getroffen wurde. Die Angebote der UdSSR und die Initiativen der SED, der Volkskongreßbewegung und später der DDR sind niemals ernsthaft getestet, sondern regelmäßig abgeblockt worden. Für Stalin hatte eine gesamtdeutsche Regelung der deutschen Frage zeitweise oberste Priorität. Dies ist inzwischen mit beweiskräftigen neuen Quellen untermauert worden. In der Bundesrepublik Deutschland hingegen wurden Anfang der fünfziger Jahre zum Teil sogar Bemühungen um die deutsche Einheit und Proteste gegen die Remilitarisierung strafrechtlich verfolgt.

7. Jeder der deutschen Staaten verkörperte in seiner Staats- und Gesellschaftsordnung eine andersgeartete, aber jeweils nur halbgelungene und damit auch halbverfehlt Abkehr vom „deutschen Sonderweg“. Der Weg der Bundesrepublik Deutschland wurde geprägt von einer durch das „Wirtschaftswunder“ lebenskräftig gemachten Demokratie mit offenkundig konservativ-autoritären Zügen, durch ihre Westeinbindung, durch einen Modernisierungsschub sowie einen zu Zeiten der Prosperität vergleichsweise gut funktionierenden Konsens für einen Sozialstaat. Eine grundlegende gesellschaftliche Neuordnung jedoch war verhindert worden, die Kontinuität gesellschaftlicher Grundlagen und Eliten war offensichtlich.

Demgegenüber waren sowjetische Besatzungsmacht, SED und ihre Partner erfolgreich gewesen bei der – zweifelsfrei von den alliierten Beschlüssen weitgehend abgedeckten und auch in hohem Grade mehrheits- und konsensfähigen – Beseitigung dessen, was als gesellschaftliche Grundlagen des „deutschen Sonderweges“ angesehen wurde, sowie bei der Eliminierung des Einflusses der traditionellen Eliten, wenngleich es dabei auch zu Einseitigkeiten und radikalen Überziehungen gekommen ist. Dennoch verkörperte auch die DDR eine nur halbgelungene Abkehr vom „deutschen Sonderweg“. Sowjetische Besatzungsherrschaft, zu stark „von oben“ installierte Reformen, die wie auch immer bedingten und begründeten Einschränkungen an Freiheit und Demokratie, die Orientierung auf das sowjetische, „vormoderne“ Gesellschaftsmodell und die Rezeption stalinistischer Methoden und Praktiken bewirkten ein – allerdings uneingestandenes und unreflektiertes – Fortwirken solcher „Sonderweg“-Traditionen wie Obrigkeitsstaatlichkeit und Untertanengeist, Autoritätsgläubigkeit und mangelnde Zivilcourage.

8. Die komplexe gesellschaftliche Realität der DDR und der anderen ehemals staatssozialistischen Länder kann mit reduziert-„realsozialistischen“, totalitarismustheoretischen oder anderweitig vorbelasteten Interpretationsmustern nicht adäquat erfaßt werden. Es gab in der DDR nicht nur „Täter“ und „Opfer“ und sogenannte Mitläufer, sondern es gab Millionen Bürgerinnen und Bürger, die – obwohl gegenüber Systemdefiziten und auch Unrecht nicht blind – sich dennoch grundsätzlich, überwiegend oder teilweise mit dem Staat, mehr noch aber mit der Gesellschaft der DDR oder mit

Dimensionen ihrer Lebenswirklichkeit identifizierten bzw. diese zumindest respektierten oder tolerierten.

9. Die Gesellschaft der DDR verkörperte in Kontinuität und Wandel, in Heterogenität und widersprüchlicher Komplexität, im Spannungsfeld zwischen Wollen und Sein, Objektivität und Erlebniswelt gegenüber der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland und deren Entwicklungsweg trotz fortbestehender nationaler Gemeinsamkeiten eine mehr oder weniger alternative, auf jeden Fall aber eigenständige Qualität mit eigenem Wertesystem und spezifischen Wertmaßstäben. Nur wenn dies vom Forschungs- und Bewertungsansatz her definiert und respektiert wird, ist eine wissenschaftlich begründete und historisch gerechte Aussage möglich. Schon jetzt gibt es Anzeichen dafür, daß Ostdeutschland auf unbestimmbare Zeit als eine relativ eigenständige sozialkulturelle Makroregion in diesem neuen Deutschland fortexistieren wird. Darum sollten vorschnelle „endgültige“ Bewertungen und Verdikte der DDR-Geschichte vermieden werden.
10. Nicht die heutigen neuen Bundesländer, sondern Deutschland als Ganzes hatte sich durch eigenes Verschulden in die Lage eines ausgebluteten, zerstörten, besiegt, besetzten und international geächteten Landes mit all seinen bis in die Gegenwart hineinreichenden Folgen gebracht. Das Deutsche Reich hatte sich mit der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und dessen Eskalation zum Vernichtungskrieg, verbunden mit einer bewußt betriebenen Genozidpolitik gegenüber Juden und anderen Völkern, außerhalb der Weltgemeinschaft gestellt. Diese vom Hitlerregime, seinen Förderern, Nutznießern und Helfern in der Wirtschaft, der Generalität und der Staatsbürokratie verübten Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit stellen unauslöschliche, historisch einmalige Verbrechen an der Menschheit und am eigenen Volk dar. Dafür trägt das deutsche Volk, das in seiner Mehrheit das Hitlerregime und dessen Kriegführung geduldet und sogar unterstützt hatte, Mitschuld und Mitverantwortung, was aber nicht einer Kollektivschuld gleichkommt. Dem hatten und haben sich die Deutschen im Westen wie im Osten des Landes zu stellen.
11. Die eigenen historischen Erfahrungen geboten deshalb den Deutschen, und die Siegermächte verpflichteten sie dazu, einen Bruch mit ihrer Vergangenheit zu vollziehen, ihre Gesellschaft und Politik auf friedlichen, demokratischen und antifaschistischen Grundlagen neu zu gestalten. Das schloß Anerkennung der Deutschland auferlegten Sanktionen, Gebietsabtretungen und der Pflicht zur Wiedergutmachung ein, wie dies im Potsdamer Abkommen und anderen völkerrechtlichen Dokumenten festgelegt ist. Die im Verlauf und im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges von den Alliierten vereinbarten völkerrechtlichen Dokumente enthielten einen Grundkonsens in der sogenannten deutschen Frage. Im Kern ging es um die Ausschaltung

aller Überreste von Faschismus und Militarismus und um die Errichtung eines demokratischen deutschen Staatswesens, von dem nie wieder Krieg ausgehen kann. Das erforderte zwingend gravierende strukturelle und personelle Eingriffe in die deutsche Nachkriegsgesellschaft, nicht zuletzt auch in die Eigentumsverhältnisse, weshalb deren Berechtigung und Fortbestand in den 2 + 4-Verhandlungen bestätigt worden ist.

12. Die Parteien in allen Besatzungszonen hatten zunächst in wichtigen Fragen angenäherte bzw. vereinbarte antifaschistische Standpunkte verkündet, wobei alle auf den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Monopolherrschaft und Faschismus verwiesen und – mehr oder weniger konsequent – Schlußfolgerungen nicht nur für politische Umgestaltungen, sondern auch für eine über den Kapitalismus hinausgreifende Wirtschafts- und Sozialordnung zogen. Eine bloße Rückkehr zur Weimarer Republik und ihrer Verfassung wurde allgemein abgelehnt, denn ihrem Schoße war der Faschismus entsprungen. Die frühen programmatischen Aussagen der von den Alliierten zugelassenen Parteien belegen dies zweifelsfrei. Allparteien-Regierungen waren bis 1947/48 in den neugebildeten Ländern aller Besatzungszonen die Regel. In den Parlamenten der Länder votierten bei Gesetzesvorlagen, die auf antifaschistisch-demokratische Veränderungen abzielten, Sozialdemokraten, Kommunisten, Christdemokraten und Liberale oft gemeinsam oder auch in wechselnden Verbindungen.

Insgesamt erfolgte jedoch in den beiden ersten Nachkriegsjahren ein rascher Abbau konsensfähiger Standpunkte und ein deutlicher Übergang zu konfrontativen Haltungen und Handlungen.

13. Das Dilemma bestand darin, daß alle Parteien die Auflagen der Alliierten grundsätzlich akzeptierten und daraus auch in vielem konsensfähige politische Zielvorstellungen ableiteten, sich jedoch als unfähig erwiesen, über Zonengrenzen und politische Differenzen hinweg gemeinsam für die Errichtung einer neuen antifaschistischen, demokratischen, friedliebenden deutschen Republik einzutreten und von den Alliierten den Abschluß eines Friedensvertrages, den Abzug der Besatzungstruppen und die Anerkennung einer neuen einheitlichen deutschen Republik einzufordern. Wenn heute versucht wird, die Verantwortung hierfür einer einzigen Partei oder Bewegung anzulasten bzw. den Kommunistinnen und Kommunisten einen bereits im Juni 1945 in Moskau empfangenen Separierungs- und Sowjetisierungsauftrag für Ostdeutschland zu unterstellen, so halten derartige Konstruktionen einer Überprüfung an den Tatsachen und Quellen nicht stand.

14. Das Versagen aller Parteien ist auf objektive und subjektive Ursachen zurückzuführen, die sich in drei miteinander verbundenen Komplexen zusammenfassen lassen:

Der erste Komplex erwuchs aus dem Zerfall der Anti-Hitler-Koalition, aus

dem Übergang der Großmächte zur Politik des Kalten Krieges, was mit der Eingliederung der jeweiligen Besatzungszonen in die sich herausbildenden Militärblöcke verbunden war.

Der zweite Komplex resultierte aus der zunehmenden Unterschiedlichkeit der sozialen, politischen und kulturellen Entwicklung in der Ostzone einerseits und den Westzonen andererseits, verursacht durch die Gegensätze zwischen den Siegermächten, durch das innenpolitische Kräfteverhältnis in den einzelnen Besatzungszonen und durch die hierauf fußenden Umsetzungen der von deutschen Parteien verfochtenen gesellschaftspolitischen Konzepte. Deren Realisierung brachte gegensätzliche ökonomische, politische, soziale und kulturelle Verhältnisse im Westen einerseits und im Osten andererseits hervor.

Der dritte Komplex ergab sich aus der in vielem rückwärtsgewandten Politik deutscher Parteien. Unfähig, die heraufziehenden Probleme der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts – des Zeitalters der Atombombe, der ökologischen Überforderung des Erdballs, des Endes der Kolonialzeit und der Infragestellung des Patriarchats – zu erkennen, suchten alle ihre Leitbilder in der Vorstellungswelt der Jahre zwischen beiden Weltkriegen: die Liberaldemokraten im Neoliberalismus, die Christdemokraten in der christlichen Soziallehre, die Sozialdemokraten in der Wirtschaftsdemokratie und im dritten Weg, die Kommunisten in der marxistisch-leninistischen Gesellschafts- und Revolutionstheorie. Für alle Parteien wurden Anpassungen an die jeweiligen Siegermächte, konfrontative Profilierungen und Machtstreben wichtiger als die gemeinsame Vertretung von Grundinteressen der deutschen Bevölkerungsmehrheit, vor allem ihres völkerrechtlich verbrieften Anspruchs auf einen einheitlichen, friedliebenden, antifaschistischen deutschen Staat im Einklang mit den Festlegungen des Potsdamer Abkommens und somit die gemeinsame Abkehr von der als „deutscher Sonderweg“ verstandenen Entwicklung.

15. Dennoch vollzogen sich in allen Teilen Deutschlands einschneidende, noch auf unsere Gegenwart einwirkende Erneuerungen. Ihr wesentlicher Bestandteil waren die unter den Losungen Entmilitarisierung und Entnazifizierung durchgeführten strukturellen und personellen Veränderungen. Diese wurden mit unterschiedlicher Konsequenz durchgeführt und wiesen im deutschen Westen erhebliche Defizite auf, in denen kritische Beobachter einen nie behobenen Geburtsfehler der Bundesrepublik Deutschland erkennen. Wenn daraus der Schluß gezogen wird, daß dieser Fehler bei der Abrechnung mit Verantwortungsträgern der DDR nicht wiederholt werden dürfte, so ist dies nicht nur eine die historischen und völkerrechtlichen Tatsachen negierende Betrachtungsweise, sondern darüber hinaus auch falsch.

Falsch ist die Aussage deshalb, weil es im Grunde genommen das gleiche

Motiv ist, das nach 1945 nicht zur Aufarbeitung und Abrechnung führte. Es handelt sich um das Motiv des Antikommunismus und des Antisozialismus. Im Kampf gegen kommunistische und sozialistische Ideen meinte man nach 1945 in der BRD, auf Menschen mit brauner Vergangenheit nicht verzichten zu können, während man eben heute davon ausgeht, im Kampf gegen die gleichen Ziele Menschen im öffentlichen Dienst nicht dulden zu können, die eine sozialistische bzw. kommunistische Vergangenheit haben.

Und hinsichtlich der die historischen und völkerrechtlichen Tatsachen völlig negierenden Betrachtungsweise sei daran erinnert, daß die im Zeichen der Entmilitarisierung und Entnazifizierung vorgenommenen bzw. vorzunehmenden Maßnahmen keine nach dem Sieg über die faschistischen Aggressoren ausgehandelten oder improvisierten Vorgehensweisen der Besatzungsmächte und ihrer deutschen Beauftragten waren. Es handelte sich vielmehr um offen verkündete Kriegsziele der Alliierten. Es ist hingegen nicht bekannt, daß die Völkergemeinschaft in UNO-Beschlüssen, in der Helsinki-Akte oder anderswo den Amtsträgern oder „Mitläufern“ kommunistisch regierter Staaten angedroht hätte, daß sie nach Beendigung des Kalten Krieges politisch, strafrechtlich oder sozial zur Verantwortung gezogen werden. Auch in deutsch-deutschen Verträgen und Abkommen finden sich derartige Rechtspositionen nicht. Die Abrechnung mit dem Faschismus hingegen ist klar angekündigt, durch die Kommission der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Kriegsverbrechen vorbereitet und mit dem in der internationalen Rechtsgeschichte einmaligen Nürnberger Prozeß sowie in dessen Nachfolgeprozessen praktiziert worden.

Aus all diesen Gründen verbietet es sich, heute in Ostdeutschland praktizierte soziale Ausgrenzungen, politische Säuberungen und juristische Strafverfolgungen mit Erfordernissen oder Erfahrungen der Abrechnung mit dem Faschismus oder der Entnazifizierung nach dem Zweiten Weltkrieg in Verbindung zu bringen.

16. Da sich alle Parteien grundsätzlich auf den Boden der völkerrechtlichen Vereinbarungen über Deutschland gestellt hatten, ihre Programme dazu zumindest keine offen widersprechenden Aussagen enthielten, erwachsen Voraussetzungen und Grundlagen für ihr Zusammenwirken. Dieses brauchte nicht befohlen zu werden, niemand mußte dazu gezwungen oder überredet werden, denn die Bereitschaft zur Zusammenarbeit war zumindest in allen Gründungsdokumenten der in Berlin konstituierten Parteien expressis verbis enthalten. Unter den konkreten Bedingungen der sowjetischen Besatzungszone nahm diese Zusammenarbeit die Gestalt der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien – später Demokratischer Block – an. Aufgaben, Organisationsform und Arbeitsweise belegen, daß der Block nicht als bloßes Instrument zur Gleichschaltung der Parteien entstand, sondern zunächst ein Bündnis zur antifaschistischen

und demokratischen Umgestaltung, insbesondere im Osten Deutschlands, war. Der Block war angelegt als ein im Konsens handelndes Mehrparteiensystem, in dem die in Aktionseinheit verbundenen und dann in der SED zusammengeschlossenen Arbeiterparteien einen seinerzeit nicht unbegründeten und von Politikern bürgerlich-demokratischer Parteien auch öffentlich akzeptierten Hegemonieanspruch anmeldeten. Obwohl die Blockpolitik durch Machtansprüche der SED einerseits und restaurative Sperrversuche christdemokratischer wie liberaler Politiker andererseits belastet wurde, erbrachte die Etappe von 1945 bis 1948/49 wesentliche Ergebnisse einer antifaschistisch-demokratischen Erneuerung. Diese wurden von allen an der Gründung der DDR beteiligten Parteien grundsätzlich getragen und später in parteioffiziellen Geschichtswerken der CDU, der LDPD, der NDPD und der DBD als traditionsbegründende Leistungen gefeiert.

17. Die Schwierigkeiten, in die Teile der Sozialdemokraten, Christdemokraten und Liberaldemokraten der Sowjetischen Besatzungszone gerieten, waren doppelter Natur: Sie erwuchsen aus dem Spannungsverhältnis zu einer mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht nach der Macht strebenden KPD und dann SED, aber auch aus den Differenzen mit und aus den Brückierungen durch die westdeutschen Schwesterparteien. Vor allem als CDU und F.D.P. im Westen mit Unterstützung ihrer Besatzungsmächte einen Kurs einschlugen, der in dem Slogan „Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb“ treffend charakterisiert ist, und die SPD sich dieser Politik anpaßte, gerieten die bürgerlich-demokratischen Blockparteien der Ostzone in eine Sinnkrise. Trotz Abspaltungen und trotz der Abkehr von Mitgliedern und Funktionären suchten CDU und LDPD den Ausweg aus dieser Krise schließlich und endlich in der Bejahung des in Ostdeutschland eingeschlagenen Entwicklungsweges, zumal dieser lange Zeit mit dem erklärten Ziel der demokratischen Wiedervereinigung Deutschland zu einem militärisch neutralen Staat verbunden war.

18. Es kann nicht akzeptiert werden, wenn ausschließlich dem parlamentarischen Weg in die Bundesrepublik Deutschland, bei dem überdies die weichenstellenden Entscheidungen nicht souverän von der Bevölkerung getroffen werden konnten, Legitimität zugesprochen wird.

Beide deutsche Staaten entstanden als Fernwirkung des deutschen Faschismus und des von ihm entfesselten Krieges, im Gefolge des in Deutschland von den Alliierten installierten Besatzungsregimes und im Zeichen des Kalten Krieges – im September 1949 die Bundesrepublik Deutschland und einen Monat darauf die DDR. Weder im Westen noch im Osten sind die Bürgerinnen und Bürger ausdrücklich befragt worden, ob sie in einem separaten deutschen Staat leben wollen, doch hatten sich hier wie da die kursbestimmenden Parteien in vorausgegangenen Landtagswahlen solide Mehrheiten für ihre Politik beschafft. Die Gründung der Bundes-

republik Deutschland war von Parlamentswahlen begleitet, die Gründung der DDR von einer öffentlich geführten Verfassungsdiskussion und der ihrem Charakter nach außerparlamentarischen Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden, die von der überwiegenden Mehrheit der organisierten politischen und gesellschaftlichen Kräfte getragen war. Beide Staatsgründungen waren durch neugeschaffene gesellschaftliche Realitäten vorbereitet:

Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland durch die Rückkehr zu bürgerlich-parlamentarischen Strukturen, durch die Einbeziehung in den Marshall-Plan und durch eine Währungsreform, die nicht nur Deutschland ökonomisch spaltete, sondern auch allen über den Kapitalismus hinausweisenden wirtschaftspolitischen Vorstellungen den Boden entzog; die Gründung der DDR durch tiefgreifende strukturelle Veränderungen, wie sie vor allem im Ergebnis der Bodenreform und in Auswirkung des sächsischen Volksentscheides über die Enteignung der Betriebe der Nazi- und Kriegsverbrecher entstanden waren, durch Übergang zur Wirtschaftsplanung, durch die Gewinnung beträchtlicher Teile der Bevölkerung für eine Politik der Nationalen Front und durch die Bereitschaft aller Parteien zur Beteiligung an der Regierung.

19. Historisch wie völkerrechtlich, moralisch wie politisch waren beide deutsche Entwicklungswege und die aus ihnen hervorgegangenen Staaten legitim. Entsprechend war in den letzten Jahrzehnten das Verhältnis der Staaten der Welt und ihrer repräsentativsten Organisation, der UNO, zu diesen beiden deutschen Staaten. Anders hätte die Bundesrepublik Deutschland mit der DDR keinen Grundlagenvertrag und keinen Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und keinen Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands rechtswirksam abschließen können. Deshalb verbietet es sich, im Nachhinein den westdeutschen Entwicklungsweg sakrosankt zu sprechen, den ostdeutschen hingegen zu kriminalisieren.

II. *Der Kalte Krieg und die beiden deutschen Staaten*

1. Der vierzigjährige Kalte Krieg übte nicht nur auf das Geschehen und die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten einen großen Einfluß aus. Er war letztlich Ergebnis, Ausdruck und Auseinandersetzungsform des globalen Gegensatzes zwischen dem westlich-kapitalistischen und dem östlich-staatssozialistischen System.

Die Enquete-Kommission hat in ihrer Tätigkeit diesen Stellenwert des Kalten Krieges in den internationalen Beziehungen, insbesondere hinsichtlich der Einbindung der beiden deutschen Staaten in die entgegengesetzten

Interessen der jeweiligen politischen und militärischen Bündnisblöcke, nicht ausreichend problematisiert.

2. Vor drei Gefahren im Zusammenhang mit der Behandlung dieses Themas ist zu warnen:
 - Den Kalten Krieg von seiner Vorgeschichte, seinen Ursachen und Wurzeln zu trennen, d. h. die Geschichte nicht mehr als einen kontinuierlichen Prozeß, sondern von ihrem jetzigen Ergebnis her zu beurteilen, läuft darauf hinaus, die Diktatur des Nationalsozialismus und die Verbrechen des Zweiten Weltkrieges zu verharmlosen und einseitig die linke, sozialistische Bewegung zu verurteilen.
 - Ebenso ist die Einengung des Kalten Krieges, ausschließlich oder auch nur vorrangig, auf Deutschland, auf die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten irreführend: Die deutsche Frage war niemals nur eine Frage der Deutschen, sondern immer, spätestens aber seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts, eine europäische Frage – in diesem Jahrhundert, in dem von Deutschland zwei Weltkriege ausgingen, ein brennendes Weltproblem. Deshalb waren alle Nachbarn an stabilen, zuverlässig geschützten Grenzen zu Deutschland, an bindenden Auflagen für Deutschland und deren straffe Kontrolle in hohem Maße interessiert, so daß sie – als ein Fortbestand der Antihitlerkoalition nicht möglich war – die Spaltung Deutschlands und Europas als eine zwar schlechtere, aber doch wirksame Variante der Friedenserhaltung akzeptierten.
 - Der Begriff „Kalter Krieg“ bezeichnet vor allem die am meisten zugespitzten, gefährlichsten, hoch explosiven Phasen des Ost-West-Konfliktes. Sie wurden immer wieder zurückgedrängt und abgelöst durch Phasen relativer Entspannung, der Annäherung, der friedlichen Koexistenz und einer beginnenden Koalition der Vernunft. Dies nicht anzuerkennen, unterschlägt das komplizierte Geflecht wechselseitiger Fehler, aber auch wechselseitiger Anstrengungen zur Besserung der Beziehungen und zu friedlichen Regelungen, an denen viele Länder, auch beide deutsche Staaten, aktiv beteiligt waren.
3. Schon lange wird von westlicher Seite versucht, die wirklichen Ursachen für den Kalten Krieg in den Hintergrund zu drängen und die Schuld einseitig der Sowjetunion, der kommunistischen Bewegung zuzuweisen. Da die Antihitlerkoalition kaum durch ein gemeinsames politisches Fernziel, sondern überwiegend durch den gemeinsamen militärischen Gegner verbunden, also ein durch Hitlers Aggression zusammengeschweißtes Zweckbündnis war, führten die antagonistischen gesellschaftspolitischen Widersprüche zum Bruch. Dabei ging die Initiative wesentlich von der Truman-Regierung aus. Zu untersuchen sind die Hauptgründe dafür, die Prinzipien der Roosevelt-Politik aufzugeben: das „One-World-Program“ amerikanischen Zuschnitts, das man angesichts der verheerenden Kriegs-

schäden und Verluste der Sowjetunion und angesichts des damaligen Atomwaffenmonopols rasch durchzusetzen hoffte. Eine große Rolle spielten dabei die historischen Erfahrungen beider Seiten: ein „Appeasement-Trauma“ der USA, die einer Diktatur keinerlei Zugeständnis mehr machen wollte – ein „Einkreisungs-Trauma“ der Sowjetunion, die in den Schritten der Truman-Regierung nicht nur unfreundliche Akte, sondern Schritte einer neuen Bedrohung der Sowjetunion sah. Eine große Rolle spielte die ungenügende Information und die verzerrte Wahrnehmung der jeweils anderen Seite.

4. Die politischen Kräfte in Deutschland waren nicht eigentlich die Verursacher, sondern vorrangig Objekte und später Juniorpartner in dem sich verschärfenden internationalen Konflikt. Die nach dem Kriegsende entstandene Demarkationslinie zwischen West- und Ostdeutschland, damals noch offen, entsprach den Festlegungen des „Londoner Protokolls“ vom September 1944, aus einer Zeit also, in der an die konkreten Bedingungen der Nachkriegszeit und an die beiden deutschen Staaten noch nicht zu denken war. Ein entscheidender Schritt zur Teilung Deutschlands und zur Verwandlung jener Trennlinie in eine abgesperrte innerdeutsche Grenze war die Haltung der Westmächte zu den Reparationsforderungen der Sowjetunion.
5. Es ist notwendig, sich über die Faktoren Klarheit zu verschaffen, die den Kalten Krieg prägten:
 - a) die schroffe, nicht verheimlichte, sondern deutlich und provokativ hervorgehobene Gegensätzlichkeit der politischen, sozialen und moralischen Wertvorstellungen, der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen auf beiden Seiten,
 - b) der auf beiden Seiten in gleichem Maße erhobene Anspruch auf Allgemeingültigkeit der eigenen Position und der entschlossene Wille, den Anspruch auch durchzusetzen,
 - c) die Existenz einer eigens geschaffenen und ständig weiter ausgebauten ökonomischen und militärischen Machtbasis in Gestalt von Militärblöcken,
 - d) das extrem ausgeprägte Mißtrauen gegenüber der anderen Seite,
 - e) eine nicht abreißende Kette von Aktivitäten zur Durchsetzung des eigenen Anspruchs, die zu einer ständigen Eskalation der gegenseitigen Bedrohung führte.
6. Zu den Hauptformen, in denen von beiden Seiten der Kalte Krieg geführt wurde, gehörten der Abbruch von Wirtschaftsbeziehungen, ununterbrochene Hochrüstung und Schaffung stets gefährlicherer Massenvernichtungswaffen, um immer ein Gleichgewicht des Schreckens auf stets höherem Niveau aufrechtzuerhalten, eine ungeheure Aufblähung des Pro-

pagandaapparates und der rücksichtslose Einsatz der grenzüberschreitenden Massenmedien, der Information und Desinformation, dazu Sabotage, Spionage, Infiltration bis hin zum Bandenkampf, was auf beiden Seiten zur Verschärfung des politischen Strafrechts führte. Es war ein Krieg an der Grenze zum Heißen Krieg, wobei die Kontrahenten bestrebt waren, diese Grenze nicht zu überschreiten. Es gehört zur Tragik der Geschichte, daß mit dem Ende des Kalten Krieges Heiße Kriege wieder häufiger erfolgen.

7. Umstände, die sich im Kalten Krieg auf deutschem Boden besonders auswirkten, deren Ursachen aber ebenfalls nicht selbstgemacht waren, leiteten sich aus historischen und geographischen Bedingungen der Zeit ab. Dazu gehören:
 - a) die Konsequenzen, die aus der Tatsache erwuchsen, daß das Territorium der DDR von jeher der ökonomisch schwächere Teil in Deutschland war, die Hauptlast der Reparationen für ganz Deutschland zu leisten hatte und im Wettstreit mit der wohlhabenderen Bundesrepublik Deutschland nicht standhalten konnte,
 - b) die Konsequenzen aus der Tatsache, daß sich im Kalten Krieg auf beiden Seiten stets nicht Einzelstaaten, sondern Staatenbünde gegenüberstanden. Man kann nicht den einen deutschen Staat für seine Treue zu den Verbündeten feiern, den anderen aber für den gleichen Tatbestand verurteilen und schmähen.
 - c) die Konsequenzen aus der Tatsache, daß der Kalte Krieg vorrangig ein Propagandakrieg, ein Weltanschauungskrieg, ein psychologischer Krieg von beiden Seiten war.
8. Die Existenz von zwei deutschen Staaten war das Ergebnis der Nachkriegspolitik der Siegermächte im Zweiten Weltkrieg und des Kalten Krieges. Die Bipolarität Europas fand auf deutschem Boden ihre Entsprechung. Beide deutsche Staaten sind zwar legitim, aber nicht selbstbestimmt gegründet worden. Ihre Außen- und Deutschlandpolitik stand unter mehr oder weniger großem Einfluß der jeweiligen Besatzungsmächte und späteren Verbündeten. Die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion war jedoch ungleich größer als die der Bundesrepublik von den USA. Dennoch vermochten beide deutsche Staaten vor allem in den siebziger und achtziger Jahren gewisse Freiräume für ihre jeweilige Deutschlandpolitik zu entwickeln.
9. Die Deutschlandpolitik der DDR gestaltete sich in einem Dreiecksverhältnis, das einerseits von den politischen Vorgaben aus Moskau geprägt war und andererseits auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik reagierte. In diesem Spannungsfeld entwickelte die SED-Führung im Rahmen des Möglichen eigene Interessensfelder und kreierte im Einvernehmen mit den Verhandlungspartnern in der Bundesrepublik Deutschland schrittweise ein entsprechendes Instrumentarium.

10. Ein in einundvierzigjähriger Existenz der deutschen Zweistaatlichkeit erhalten gebliebenes Feld deutsch-deutscher Sonderbeziehungen war der seit Oktober 1949 bzw. September 1951 in vertraglichem Rahmen betriebene innerdeutsche Handel. Im Laufe der Zeit wurde die Bundesrepublik zum zweitgrößten Handelspartner der DDR nach der Sowjetunion. Dieser Handel vollzog sich in einem Sonderstatus vor dem Hintergrund der jeweiligen wirtschaftlichen Integration in die EWG bzw. den RGW. Für die DDR dominierten an diesem zoll- und abgabenfreien Warenaustausch ökonomische Interessen, während für die Bundesrepublik Deutschland in stärkerem Maße politische Motive und darauf beruhende Embargobestimmungen ausschlaggebend waren.

So konnte die Bundesrepublik Deutschland den Warenaustausch mit der DDR stets politisch einsetzen, das heißt nach eigenen Vorstellungen drosseln oder erweitern, ohne dadurch nennenswerten ökonomischen Schaden zu nehmen. Sie konnte aber die volkswirtschaftliche Entwicklung in der DDR erheblich stören. Bei wirtschaftlichen Einschränkungen bzw. Maßnahmen gegen die DDR war es den Verantwortlichen in der Bundesrepublik Deutschland offensichtlich gleichgültig, welche Auswirkungen dies auf den konkreten Lebensstandard der Bürgerinnen und Bürger der DDR hatte. Sie haben bewußt in Kauf genommen, daß die DDR praktisch gezwungen war, weit unterhalb ihrer Kosten Waren in die Bundesrepublik Deutschland zu verkaufen. Dabei war klar, daß die Differenz letztlich durch die Bürgerinnen und Bürger der DDR zu tragen war. Mit den Embargomaßnahmen gegen die DDR wurde bewußt auch die Einschränkung des Lebensniveaus von deren Bürgerinnen und Bürgern einkalkuliert. Aufgrund dieser Umstände gab es in der DDR in den 60er Jahren die Bewegung „Störfrei machen“. Später entstand jedoch wieder eine zunehmende ökonomische Abhängigkeit der DDR von der BRD, weil sie den Handel brauchte, um den technologischen Anschluß nicht zu verlieren. Im Minderheitenvotum von Andrea Lederer, PDS/Linke Liste, zum Bericht des Untersuchungsausschusses „Kommerzielle Koordinierung“ sind dazu grundsätzliche Ausführungen, worauf hier verwiesen werden soll.

11. Zu Beginn der siebziger Jahre vollzog sich ein nachhaltiger Wandel in den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD. Die sozialliberale Koalition bezog in ihre „neue Ostpolitik“ nun auch die DDR ein und begann, ihr Konzept einer aktiven Deutschlandpolitik auch in Vertragsverhandlungen umzusetzen. Die Maximalforderungen beider Seiten erwiesen sich als nicht durchsetzbar und wurden zum Hindernis aktiver Politik. In Bonn nahm die Brandt/Scheel-Regierung vom Alleinvertretungsanspruch der Hallstein-Doktrin Abschied, ohne das „Wiedervereinigungsgebot“, welches im Grunde genommen als bloßer Anschluß der DDR begriffen wurde, aus der Präambel des Grundgesetzes aufzugeben. Honecker modifizierte

die von seinem Vorgänger Ulbricht vertretene Position, die die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR als Voraussetzung für deutsch-deutsche Verhandlungen markiert hatte. Das wichtigste Ergebnis dieser von beiden Seiten eingeschlagenen Politik war der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom 21. Dezember 1972, der die Konditionen für weitere vertragliche Vereinbarungen fixierte und dessen Wirksamkeit den völkerrechtlichen Status der DDR voraussetzte, ohne diesen in vollem Umfange anzuerkennen (Staatsbürgerschaftsfrage, gegenseitiger Vertretungsstatus). Die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO war auch eine Folge der deutsch-deutschen Vertragspolitik.

12. Grundlagenvertrag und andere deutsch-deutsche Vereinbarungen waren Bestandteil einer europäischen Entspannungspolitik, die mit dem Moskauer Vertrag zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland im August 1970 eingeleitet worden war. Der deutsch-polnische Vertrag vom Dezember 1970 und das Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 waren die nächsten Schritte auf dem Wege zu einer europäischen Sicherheitskonferenz, zu der auch der Grundlagenvertrag und das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ČSSR vom Dezember 1973 gehörten. Diese Vereinbarungen ebneten den europäischen Weg nach Helsinki und schufen die Voraussetzungen für die Schlußakte der europäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit.
13. Von der KSZE-Schlußakte hätte auch eine Politik der Öffnung der DDR ausgehen müssen. Stattdessen entschied das SED-Politbüro, daß insbesondere der Korb 3 „im Rahmen der bestehenden Gesetze der DDR“ umgesetzt wird. Es hätte jedoch einer Änderung dieser Gesetze bedurft, die ungenügend und zögerlich erfolgte, um der Forderung nach Austausch von Personen und Informationen adäquat zu entsprechen. Dies hätte in letzter Konsequenz auch eine Veränderung des Grenzregimes der DDR erfordert, das von der Bevölkerung der DDR zunehmend weniger akzeptiert wurde und zu einer ständigen Belastung der Beziehungen zur Bundesrepublik geworden war. Da auch die übrigen Ostblockstaaten kaum zu einer Korrektur ihrer inneren Verhältnisse bereit waren und außerdem die Carter-Administration in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre erneut auf Konfrontationskurs ging, wurde die Entspannungspolitik wenige Jahre nach Helsinki in Frage gestellt. Das wirkte sich auch auf das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten negativ aus.
14. Die Struktur der deutsch-deutschen Beziehungen in den achtziger Jahren war im Vergleich zu den Jahren davor Änderungen unterworfen. Im Mittelpunkt standen die offiziellen Besuche von Helmut Schmidt Ende 1981 und von Erich Honecker im September 1987. Sie wurden durch Gespräche weiterer Politiker beider Staaten sowie den Ausbau des deutsch-deutschen Vertragssystems ergänzt. In Übereinstimmung damit führten

DDR-Unterhändler (Schalck, Vogel) zahlreiche informelle Gespräche mit offiziellen bundesdeutschen Politikern (Strauß, Schäuble), die zu für die DDR wichtigen kommerziellen Vereinbarungen führten. Die deutschlandpolitischen Aktivitäten der SED wurden durch den Ausbau ihrer Parteibeziehungen, insbesondere zur oppositionellen SPD, ergänzt. Bei den Kontakten zur Bundesrepublik Deutschland auf den verschiedensten Ebenen geriet die DDR jedoch seit 1987 immer mehr in die politische Defensive, die ihrerseits die sich seit Anfang der achtziger Jahre entwickelnde ökonomische Abhängigkeit weiter verschärfte.

15. Trotz aller Widersprüche und Probleme gingen beide deutsche Staaten auch noch Ende der achtziger Jahre von einem längeren Zeitraum deutscher Zweistaatlichkeit aus. Für mancherorts behauptete offizielle Geheimverhandlungen zu einer deutschen Konföderation hinter dem Rücken der jeweiligen Verbündeten fehlt bisher jeder Beleg. Sowohl Bundesregierung als auch Opposition setzten auf deutsch-deutsche politische Gespräche und auf Fortschritte in kleinen Schritten. Sie sahen zur Politik des Dialogs mit der DDR-Führung keine sinnvolle Alternative und betrachteten deshalb die Kontaktaufnahme zur oppositionellen Bürgerbewegung und auch zu reformbereiten Politikern in Verantwortung als hinderlich.

III. *Die SED und Ursachen des Scheiterns ihres Sozialismusversuches*

A. *Die SED als Kern des politischen Systems*

1. Wenn die Entwicklung und die Resultate von 41 Jahren DDR ambivalent und differenziert zu sehen sind, wie sich das auch in den Anhörungen der Enquete-Kommission widerspiegelte, so muß dies auch Konsequenzen für die Beurteilung jener Partei haben, welche die Hauptverantwortung für die politische, soziale und kulturelle Ausprägung der DDR, für ihren Aufstieg und Untergang trägt. Da dieser Partei rund ein Fünftel der volljährigen DDR-Bevölkerung angehörte, war sie nicht nur durch Führungs- und Leitungsstrukturen allgegenwärtig, sondern auch über ihre Mitglieder in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens präsent. Sie existierte also nicht nur oberhalb, sondern auch innerhalb der Gesellschaft.
2. In der SED wirkte nahezu in der gesamten Zeit ihres Bestehens der Widerspruch, daß sie einerseits eine Massenpartei war, andererseits als Kaderpartei neuen Typs, orientiert am Parteimodell der KPdSU (B), agierte. Dies verlieh dieser Partei eine Art Doppelcharakter. Sie war Instrument der Führung und Disziplinierung der Gesellschaft, das wichtigste Element im politischen System der DDR, mit dem die Weisungen der Parteiführung durchgesetzt wurden. Sie war aber zugleich immer eine über ihre Mitglieder und Funktionäre in der Bevölkerung wirkende politische Kraft. Hätte

- die Mehrheit der Mitgliedschaft der SED die Grundanliegen der DDR-Bevölkerung am Ende nicht geteilt, wäre ein friedlicher Verlauf der Wende des Jahres 1989/90 ausgeschlossen gewesen.
3. Die SED – so wie sie 1946 durch die „Vereinigung“ von KPD und SPD der sowjetischen Besatzungszone entstand – trug zunächst Züge einer linken sozialistischen Partei, in der mit ein starker Einfluß kommunistischer Kräfte in der Führung zu erkennen war. Indem die SED bedeutende Mitgliederpotentiale traditioneller deutscher Arbeiterparteien zusammenführte, konnte sie strukturell keine kommunistische Kaderpartei im traditionellen Sinne sein. Sie war ebenso keine sozialdemokratische Partei, wie sie vor 1933 oder vor 1914 bestanden hatte. Das erklärte Selbstverständnis als sozialistische Massenpartei sowie sozialdemokratische Traditionen wirkten zunächst als Korrektiv gegenüber stalinistischen Einflüssen und Praktiken. Dennoch hafteten der SED von Anbeginn stalinistische Charakterzüge an, die 1946 in Ansätzen existierten und sich mit der Wandlung zur Partei neuen Typus zu allgemeinen Wesenszügen verfestigten.
 4. Die Schaffung einer Partei neuen Typs sowie die Durchsetzung deren Führungsrolle in allen gesellschaftlichen Bereichen bildete im „marxistisch-leninistischen“ Politikverständnis die entscheidende Voraussetzung für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus, also die zentralistische Steuerung von Staat und Wirtschaft. So ernannte sich die SED seit ihrer Gründung selbst zum Hegemon für die schrittweise Umformung des politisch-gesellschaftlichen Systems, das sich in Aufbau und Struktur am sowjetischen Gesellschaftsmodell orientierte, wengleich durchaus nicht alle für die Sowjetgesellschaft typischen Strukturen und Vorgehensweisen auf die DDR übertragen wurden.
 5. Der seit ihrer Gründung proklamierte Führungsanspruch der SED schien zunächst vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft und der Opfer von Kommunistinnen, Kommunisten und Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Kampf gegen die Nazierrschaft moralisch und nach den ersten Nachkriegswahlen in der sowjetischen Zone im Herbst 1946 auch parlamentarisch sowie als mitgliederstärkste Partei legitimiert. Doch wurde dieser Führungsanspruch gegenüber allen anderen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen und auch gegenüber dem Staat zunehmend autoritärer erhoben und in der Folgezeit mit institutionellen Mitteln abgesichert, weil er auf Dauer auf demokratisch-parlamentarische Weise nicht durchsetzbar erschien. Von der Erringung parlamentarischer Mehrheiten war seit 1947/48 nicht mehr die Rede.

In der weiteren Entwicklung wurde der Führungsanspruch zu einer pseudo-wissenschaftlichen Rechtfertigung des Machtanspruchs einer kleinen, von der Masse der Arbeiterklasse, der Bevölkerungsmehrheit und auch von der

Parteimitgliedschaft abgehoben, selbstherrlichen, der KPdSU-Führung treu ergebenen Führungsschicht.

6. Durch den im Ergebnis des allseitigen Hegemonieanspruchs der SED aufgeblähten Parteiapparat wurden auf der Grundlage der Beschlüsse des Politbüros bzw. des Sekretariats des ZK fast alle politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entscheidungen, die auf Kreis- und Ortsebene mitunter auch Banalitäten einschlossen, vorbereitet und ihre Durchführung kontrolliert. Staatliche Einrichtungen in Industrie, Wissenschaft und Kultur hatten diese Beschlüsse umzusetzen. Dem steht gegenüber, daß die von derartigen Beschlüssen betroffenen staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Institutionen und Organisationen in der Regel an deren Vorbereitung beteiligt waren, daß nicht selten von ihnen die Initiative ausging, wobei am Ende Initiative und Beschlußlage fast nie übereinstimmten.
7. In der SED entwickelte sich eine streng hierarchische Struktur. Der Leninismus bzw. dessen Stalinsche Interpretation als der Marxismus der Gegenwart wurde als in sich geschlossenes, über ein straffes Schulungssystem vermitteltes Gedankengebäude zur Richtschnur politischen Handelns der Mitglieder. Die Kommunikation zwischen den verschiedenen Ebenen der Partei wurde zunehmend eingeschränkt. Der engere Führungskreis, dem nur wenige Personen angehörten, verfügte über das Entscheidungs- und Informationsmonopol. Die Abhebung des hauptamtlichen, durch kaderpolitische Maßnahmen gesteuerten Funktionärskörpers von der Mitgliedschaft war eine Folge des zum verbindlichen Organisationsprinzip erklärten „demokratischen Zentralismus“. Die Mitglieder hatten der „kollektiven Weisheit“ der Führungsspitze zu vertrauen und das zu legitimieren und umzusetzen, was in der engeren Führung beschlossen wurde. Parteitage hatten lediglich zu bestätigen, was in Politbüro und Sekretariat festgelegt, allerdings nicht allein von ihnen ausgearbeitet worden war. Damit ist jedoch noch nichts über die Berechtigung oder Zweckmäßigkeit derart zustande gekommener Beschlüsse gesagt, die nur in konkreter Analyse von Fall zu Fall ausgewogen bewertet werden können. Den Organisationen der Parteibasis blieben nur im Rahmen dieser generellen Mechanismen Spielräume für Eigeninitiative und für die Wahrnehmung von Interessen der Werktätigen ihrer Betriebe und Institutionen bzw. der Bürgerinnen und Bürger ihrer Territorien, was sie allerdings häufig zum allgemeinen Nutzen und mit hohem Einsatz für das Gemeininteresse getan haben.
8. Die Einheit und Geschlossenheit der Partei wurde zum quasi-religiösen Prinzip kultiviert, an dem das Handeln jedes Mitglieds gemessen wurde. Diesem obersten Grundsatz folgend wurde jeglicher Ansatz einer innerparteilichen Opposition bekämpft und ausgeschaltet. Fraktionsbildung galt als schweres Vergehen gegen die Parteidisziplin und wurde in der Regel mit

- Ausschluß bestraft, was die Profilierung und organisatorische Vernetzung politischer und personeller Alternativen verhinderte.
9. Es charakterisiert die SED, daß es ab 1948 keinen offenen Zugang zu dieser Partei, generell nur einen gesteuerten Wachstumsprozeß und zeitweilig nicht einmal freien Austritt gab. Vielmehr wurde die Zusammensetzung der Partei durch Anforderung von Bürgschaften, durch eine Kandidatenzeit, durch zeitweise Aufnahmesperren für bestimmte soziale Gruppen und durch kaderpolitische Maßnahmen gesteuert. Eine Parteiüberprüfung und später die Kampagnen zum Umtausch der Mitgliedsbücher ermöglichten die Aussonderung unbequemer Mitglieder, die der Generallinie der Führung im Wege standen bzw. die Disziplinierung der Mitgliedschaft. Doch blieben – auch für Machtkämpfe innerhalb der Führung instrumentalisierbare – Säuberungen und Vertreibungen von Mitgliedern, die teilweise auch in Strafverfolgungen und Verurteilungen einmündeten, im wesentlichen auf die Hoch-Zeit des Kalten Krieges der 50er und 60er Jahre beschränkt.
10. Es sollte zu denken geben, daß die hier beschriebenen Negative der SED den Mitgliederzustrom zu dieser Partei nie abreißen ließen. Fast zu allen Zeiten überstieg die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber die Zahl der tatsächlichen Aufnahmen. Da mögen Karrieremuster eine Rolle gespielt haben, eine hinreichende Erklärung liefern sie nicht. Vielmehr hatten viele zur aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben bereite Menschen die Überzeugung verinnerlicht, daß sie Verantwortung für die versuchte Alternative zum Kapitalismus nur mit und in der SED wirkungsvoll wahrnehmen konnten. Darin sahen sie sich in vielen Resultaten der historischen Entwicklung unseres Jahrhunderts bestätigt. Erst die offen zutage tretenden Krisenerscheinungen des „sozialistischen Weltsystems“ im allgemeinen und der DDR im besonderen ließen in der Mitgliedschaft in breiterem Umfange die Zweifel an der Erfolgsträchtigkeit dieser Art von Sozialismus und an der Partei selbst wachsen.
11. Spätestens seit 1986 hatten innerhalb der SED-Mitgliedschaft die Unzufriedenheit, die Kritik und schließlich sogar die Ablehnung des Politbüros und seiner konzeptionslosen Politik zugenommen. Das in der SED zu Widerspruch und Veränderungen fähige Potential hat trotz dieser für einen Bruch mit der herrschenden Politik nunmehr günstigeren Bedingungen versagt. Es ist den Herrschenden in der DDR gelungen, dieses ständig wachsende innerparteiliche Potential unterhalb der Schwelle wirksamer, politisch eingreifender Proteste oder organisierter innerparteilicher Opposition zu binden oder auszugrenzen. Insofern waren bis zum Herbst 1989 die bewährten Methoden der Disziplinierung und Eindämmung erfolgreich, ohne daß zu dieser Zeit noch eine innerparteiliche Befriedung erreicht wurde.
12. Die Tatsache, daß die Mehrheit der Mitglieder zwar noch zu disziplinieren,

aber bei einer offenen Krise nicht mehr für die Verteidigung der alten Politik und erstarrter Strukturen mobilisierbar war, schränkte die Manövrierfähigkeit der Parteiführung erheblich ein und beeinflusste die Auseinandersetzungen des Jahres 1989 und deren Formen nachhaltig. Der Zusammenbruch der SED-Herrschaft war jedoch weder die Folge einer Palastrevolution im Politbüro, noch war er primär durch das Handeln der Parteibasis bestimmt, obwohl deren Aktivitäten besonders ab November 1989 spürbar zunahmen, was für den Transformationsprozeß hin zur PDS nachhaltige Bedeutung erlangen sollte. Der Zusammenbruch der DDR war – soweit er auf subjektives Versagen zurückzuführen ist – der krasse Ausdruck einer über jede Grenze hinausgetriebenen Beharrung auf alten Politikmustern und der Unfähigkeit, Symptome und Ursachen einer gesellschaftspolitischen Krise sowie veränderte außen- und innenpolitische Handlungsspielräume richtig einzuschätzen und neue Wege der Konfliktaustragung und Konsensfindung mit der noch immer die DDR grundsätzlich bejahenden Bevölkerungsmehrheit zu beschreiten. Der alten Führung stand weder die Möglichkeit einer Beschwichtigung noch die einer gewaltsamen militärischen Lösung der Krise, die auch von niemandem nachweisbar angestrebt wurde, zur Verfügung.

13. Für kurze Zeit ging das Gesetz des Handelns teilweise an oppositionelle Kräfte außerhalb der SED über. An erster Stelle sind die nunmehr massiv außerhalb der SED zunehmenden Proteste, an denen auch zahlreiche innerhalb ihrer Partei blockierte SED-Mitglieder teilnahmen, zu nennen. In ihrer historischen Wirkung rangieren sie noch weit vor den Massenausreisen. Der basisdemokratische Impuls dieser Bewegung, der beträchtliche Hoffnungen erweckte, wurde in dem Moment chancenlos, als sich die Bonner Regierung und auch alle übrigen Bundestagsparteien, Forderungen der „Straße“ instrumentalisierend, in die inneren Verhältnisse der DDR offen einzumischen begannen und die Weichen in Richtung Anschluß nach Artikel 23 Grundgesetz stellten. Es zeigte sich sehr rasch, daß nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der SED Konzepte und Organisationsstrukturen fehlten, um eine souveräne DDR aus der Krise herauszuführen und einen demokratischen Sozialismus zu verwirklichen.
14. Die PDS hat ein kritisches Verhältnis zur SED, zu deren Rolle, Struktur, Theorie und Praxis, zu ihren Leistungen und zu ihrem Versagen. So wenig die PDS ihre Ursprünge verleugnet, so sehr hat sie sich in Programm und Statut von stalinistischen Verbrechen und Strukturen distanziert und begangenes Unrecht, das von der SED zu verantworten ist, verurteilt. Sie hat sich auf Parteitage und Geschichtskonferenzen, in Publikationen und zahllosen Versammlungen ihrer Mitglieder damit auseinandergesetzt.

B. *Führungsanspruch der SED gegenüber anderen Parteien und Organisationen*

1. Die Entwicklung der SED zu einer am Parteiverständnis und der politisch-organisatorischen Praxis der KPdSU(B) orientierten „Partei neuen Typus“ schloß einen Anspruch auf Vorherrschaft über andere Parteien und Organisationen ein. Die Bildung der DBD und der NDPD 1948, die Einbeziehung des FDGB in den Demokratischen Block, die Beteiligung aller Parteien und Organisationen an der Regierung und dem Parlament der DDR sowie das Entstehen der Nationalen Front dienten einerseits der Verbreiterung der politischen Grundlagen des Staates und des Parteiensystems der DDR. Sie waren andererseits aber auch Faktoren zur Durchsetzung der führenden Rolle der SED im demokratischen Block, seiner schrittweisen Umgestaltung in ein Vollzugsorgan der SED. Das war ein Entwicklungsprozeß, der mit einer den Führungsanspruch der SED anerkennenden Positionierung der DBD und der NDPD einsetzte, mit den Entschließungen des 3. FDGB-Kongresses seine Fortsetzung fand und in den Beschlüssen der Führungsgremien von CDUD und LDPD 1952/53 zur Anerkennung der führenden Rolle der SED und dem Bekenntnis zum Aufbau des Sozialismus in der DDR kulminierte. Diese Blockparteien vermochten ihre Identität nur noch in peripheren Fragen zu artikulieren. Anfängliche Möglichkeiten und Chancen wurden vertan, ein über das Staats- und Parteienmodell der UdSSR hinausgreifendes, neuartiges demokratisches, den sozialökonomischen Verhältnissen der DDR entsprechendes Mehrparteiensystem zu schaffen.
2. In den folgenden Jahrzehnten war die Haltung der mit der SED zusammenwirkenden nichtkommunistischen „befreundeten“ Parteien, ihre Rolle in den Staatsorganen der DDR sowie in den leitenden Gremien der Nationalen Front wesentlich durch die bewußte Unterstützung der Politik der SED – mit dem Bekenntnis zur Eigenstaatlichkeit der DDR, zum sozialistischen Aufbau und zur Sicherung des Friedens – bestimmt gewesen. Sie wurde mitgetragen von zahlreichen Mitgliedern und Funktionären dieser Parteien, auch von solchen, die heute als Mitglieder der im Bund oder in den Ländern regierenden Parteien die Funktionen von Abgeordneten oder Amtsträgern der Exekutive ausüben. Ungezählte Mitglieder dieser Parteien haben nicht nur die Möglichkeiten und Chancen genutzt, um für sich eine neue Existenz und einen gesicherten Lebensstandard in LPG, in PGH, in privaten Betrieben mit staatlicher Beteiligung und im Kommissionshandel zu gewährleisten, sie haben engagiert auch andere Bürger bewegt, ihrem Beispiel zu folgen.

Ihre enge Bindung an die Politik der SED und der Regierung der DDR machte sie in den Augen vieler Bürger letztlich zu bloßen Befehlsempfän-

gern. Das brachte sie in Zwiespalt zu ihren Mitgliedern und führte zu zahlreichen Auseinandersetzungen. Gegen Ende der achtziger Jahre gerieten die Blockparteien immer mehr in ein Spannungsverhältnis zwischen ihrer Rolle im politischen System der DDR und den Interessen und Erwartungen ihrer Mitglieder.

3. Aus diesem wachsenden Spannungsverhältnis heraus und vor dem Hintergrund der tiefgehenden Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Kultur der DDR 1989/90 erfolgte schließlich eine völlige Umgestaltung des Parteiensystems in der DDR und die Auflösung des Demokratischen Blocks. Durch Veränderungen der Verfassung und Rechtsordnung der DDR, durch ein in neuen Programmen und Statuten verankertes grundlegend gewandeltes Selbstverständnis aller Parteien – einschließlich der SED –, durch personelle Umbesetzung aller zentralen politischen Gremien der DDR – vor allem im Gefolge des Rücktritts Erich Honeckers, dann des Politbüros und des ZK der SED – löste sich das Parteiensystem der DDR auf, beendete der Block seine Tätigkeit. Dies war jedoch zunächst keine Verabschiedung der traditionellen Parteien der DDR von der sozialistischen Orientierung und der Vorstellung, im Rahmen eines eigenen Staates einen selbstbestimmten Weg in eine demokratische und sozial gerechte Gesellschaft zu gehen.
4. An der ersten Beratung des „Runden Tisches“ in Berlin im Dezember 1989 beteiligten sich zwölf Parteien und Gruppierungen. Dies war die – bald durch einige Fusionen modifizierte – Ausgangslage, als die Bundestagsparteien, den Wunsch des „Runden Tisches“ nach Nichteinmischung in die Märzahlen des Jahres 1990 mißachtend, in der DDR selbst zu wirken begannen. Es begann eine Eingliederung neuprofilierter früherer Blockparteien und der meisten in der Wendezeit entstandenen Gruppierungen in das Parteiensystem der BRD, wodurch der basisdemokratische Impuls der DDR-Gesellschaft des Jahres 1989/90 und die Orientierung auf eine Alternative zum Kapitalismus paralysiert werden sollte und auch weitgehend paralysiert wurde.

C. *Zu Möglichkeiten und Grenzen von Reformversuchen und zu Ursachen des Scheiterns des Sozialismus*

1. Einem parallel zu anderen Ländern des späteren Realsozialismus zunächst propagierten „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ wurde bereits mit den schroffen Polarisierungen des Kalten Krieges und der damit verbundenen Gleichschaltung Osteuropas auf das sowjetische Sozialismusmodell der Boden entzogen. Erst der XX. KPdSU-Parteitag 1956 eröffnete die Chance für eine Korrektur des „Realsozialismus“, eine Möglichkeit, das von Stalin geprägte repressive, administrativ-zentralistische Sozialismusmodell zu überwinden und den Sozialismus demokratisch zu erneuern.

- Praktische Folge der sowjetischen Entstalinisierung war aber zunächst nur die Aufhebung von Repressionen und die teilweise, schamhafte Rehabilitierung von Opfern, auch in der DDR. Das Jahr 1956 brachte zwar Lockerungen in der politischen Atmosphäre, es kam zu Auseinandersetzungen in der Parteiführung, zu Unruhen unter der Intelligenz und zu Reformideen, aber die SED-Führung zeigte – nicht zuletzt unter dem Eindruck der Ungarn-Ereignisse – fast ausnahmslos keine Bereitschaft zu einer durchgreifenden Entstalinisierung und Reform.
2. Das Handeln der SED-Führung war bis zu ihrem Sturz durch die Erfahrung des 17. Juni 1953 geprägt. Diese Ereignisse wirkten auf sie als „Lernschock“, alles zu tun, um künftige, aus sozialen Spannungen und Konflikten erwachsende Massenbewegungen gegen ihre Politik zu verhindern.
Das schloß einerseits soziale Zugeständnisse selbst dann ein, wenn sie die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten überforderten, und verankerte andererseits die Furcht vor einem Nachlassen der ideologischen, administrativen und repressiven Kontrolle des Volkes dauerhaft.
 3. Die Stabilisierung der DDR um den Preis des Mauerbaus eröffnete Spielräume, in deren Rahmen 1962 und besonders 1963 ein in der Ökonomie begonnener Reformversuch einsetzte, der zeitweise weitreichende Erwartungen auslöste und eine DDR-Identität begünstigte. Allerdings steckte Osteuropa trotz außenpolitischer und wissenschaftlicher Erfolge zu Beginn der sechziger Jahre in einer wirtschaftlichen Krise, und der RGW vermochte sich nicht auf die Herausforderungen der neuen wissenschaftlich-technischen Revolution einzustellen. Die SED-Führung fand halbherzigen Mut, Ursachen in der eigenen überzogenen zentralistischen und starren Kommandostruktur festzumachen. Man besann sich auf den Vorrang der ökonomischen Aufgaben.
 4. „Was für die Gesellschaft nutzbringend ist, muß auch jedem Betrieb nützlich sein, und umgekehrt, was nicht vorteilhaft für die Gesellschaft ist, muß äußerst unvorteilhaft für die Belegschaft eines Betriebes sein.“ Diese Formel des sowjetischen Ökonomen Liberman erwies sich als Initialzündler für die Reformen in Osteuropa. In der DDR wurden sie 1962/63 ausgearbeitet, mit Experten sowie teilweise mit der Bevölkerung diskutiert und ansatzweise verwirklicht. Allein in der DDR, der ČSSR und in der VR Ungarn wurde dieser damalige Reformansatz vorangetrieben, während andere Versuche, einschließlich der sowjetischen, rasch versandeten. Zunehmend wurde begriffen, daß es sich nicht nur um die Überwindung einiger Fehler eines sonst richtigen Modells handelte, sondern daß generell eine neue Situation der Produktivkräfte die Wirtschaften in Ost wie West herausforderte – die wissenschaftlich-technische Revolution. Hierin lagen Anforderungen und potentielle Chance dieses Reformversuches.
 5. Die DDR-Reformversuche blieben letztendlich auf die Wirtschaft be-

- schränkt. Es war eine Lockerung der ideologischen Bevormundung sowie das Entstehen neuer politischer Verhaltensweisen zu beobachten, und man wollte zumindest in der ersten Phase der Reform eine Stärkung demokratischer Mechanismen. Im Dezember 1965 markierte jedoch die 11. Tagung des ZK einen verhängnisvollen Einschnitt in den Reformkurs und die Wiederherstellung der ideologischen wie politischen Disziplinierung durch die SED-Führung. Damit war vorentschieden, daß die „DDR-Reform“ nicht grundsätzlich mit dem sowjetischen Modell brechen wollte. Die SED blieb bei einer autoritären „Demokratie“, das Zentrum des politischen Systems wurde nicht angetastet – die administrativ durchgesetzte führende Rolle der Partei, die Allmacht des Politbüros und des jeweiligen Generalsekretärs.
6. Im Kern zielte das Neue Ökonomische System (NÖS) auf das Verbinden von Plan, ökonomischen Hebeln und Markt ab. Auf der Ebene der Betriebe sollten Gewinn und Rentabilität entscheidende Kriterien werden, ein realistisches Industriepreissystem sollte Leistungen vergleichbar machen, leistungsbezogene Entlohnung und Prämierung sollte die Werktätigen zu neuen Arbeitstaten beflügeln. Im Unterschied zu den Prager Reformen von 1968 sollte der Markt zwar keine zentrale Bedeutung erhalten, wohl aber die staatliche Planung wesentlich ergänzen. Insgesamt blieb sie aber eine Reform „von oben“, die bei allen zeitweiligen theoretischen Verstößen dem sowjetischen Grundmodell verhaftet blieb. Es erwies sich als verhängnisvoll, daß in der Verantwortung von Erich Honecker und Günter Mittag diese Reformversuche in der Wirtschaft eingestellt wurden.
 7. Die Reformversuche waren in den internationalen Kontext eingebettet. Die Furcht vor der Bundesrepublik Deutschland war trotz der „neuen Ostpolitik“ nicht gewichen. Die politische Führung wie auch Teile der Bevölkerung verstanden die DDR als Gegenmodell, sahen sich vom Westen isoliert und bedroht. Mit ihren Fortschritten konnte die DDR erstmals im Westen ein Staunen über das „Wirtschaftswunder DDR“ auslösen. Die eigene Hegemonialmacht Sowjetunion stand nach dem Sturz Chruschtschows Reformen distanziert gegenüber und wachte über ihre Vorherrschaft, die in der DDR durch den Anspruch, etwas Eigenes zu schaffen, in Zweifel gezogen schien. Dazu kam die Haßliebe gegenüber der Sozialdemokratie, die zwar als Bündnispartner umworben war, die aber ob ihrer historischen Verwandtschaft und eines anderen Blicks auf sozialistische Ideale vor allem als Gefahr begriffen wurde.
 8. Mit der militärischen Intervention in der ČSSR war wohl die letzte große Möglichkeit der Reformierbarkeit des „Realsozialismus“ sowjetischer Prägung besiegelt. Die Führung konnte aus ihrem eingeschränkten Weltbild nicht ausbrechen und begriff nicht die Lebensnotwendigkeit der Demokratisierung einer Gesellschaft, die für den Menschen da sein wollte

- und durch ihn gestaltet werden mußte. Es gab danach nie wieder eine solche Chance. Weil der überfällige Modellwechsel ausblieb, kam es zum Wechsel des Systems. Gleichwohl werden die im Negativen wie im Positiven gewonnenen Erfahrungen in der DDR immer wieder mit zu Rate gezogen werden müssen, wenn über Alternativen zum real existierenden Kapitalismus nachgedacht wird.
9. Eine begründete Antwort auf die Frage nach den Ursachen des Scheiterns der wesentlich am Modell der Oktoberrevolution orientierten sozialistischen Gesellschaften läßt sich unmöglich finden, wenn diese nur im Bereich des Subjektiven, in der Politik der DDR und der SED gesucht werden, wie dies – soweit es überhaupt ernsthafte Versuche in dieser Richtung gegeben hat – in der Enquete-Kommission geschehen ist. Es ist vielmehr unumgänglich, die komplexe Wirkung einer Vielzahl von objektiven und subjektiven, inneren und äußeren, internationalen und nationalen, ökonomischen, politischen und geistig-kulturellen, historischen und aktuellen Faktoren zu analysieren und zu berücksichtigen. Das schließt nicht aus, wesentliche, bestimmende, allgemeine, übergreifende Ursachen oder Bedingungen bestimmter Erscheinungen herauszuheben. Jede derartige Isolierung muß sich allerdings ihres spezifischen Gesichtspunktes und damit ihrer Relativität bewußt sein.
 10. Als wesentliche, viele andere Faktoren bedingende, objektive und gesellschaftliche Ursache ist das Unvermögen der bisher existierenden sozialistischen Systeme anzusehen, in der zur Verfügung stehenden Zeit und trotz einer von der kapitalistischen Umwelt bewußt betriebenen ökonomischen Isolierung die eigene wirtschaftliche Basis so zu gestalten, daß die den sozialistischen Idealen entsprechenden Ziele der sozialen und kulturellen Entwicklung verwirklicht und eine Lebensweise ausgebildet wird, die den in entwickelten kapitalistischen Industrieländern für die Mehrheit der Werktätigen erreichte Lebensqualität einschließt. Es ist nicht gelungen, im volkswirtschaftlichen Maßstab eine auf sozialistischen Triebkräften beruhende, mit der Natur verträgliche höhere Arbeitsproduktivität als im Kapitalismus zu erreichen. Der Mangel an Effektivität galt praktisch für alle gesellschaftlichen Verhältnisse.
 11. Eine entscheidende Ursache für diesen Mangel ist darin zu sehen, daß der historische Weg dieses Sozialismus Bewegungsformen, Mechanismen und Strukturen der gesellschaftlichen Praxis bzw. Denk- und Verhaltensweisen hervorgebracht hat, die die Entwicklung dieser Gesellschaften in zunehmendem Maße behindert und schließlich ihre Fortexistenz unmöglich gemacht haben. Die unter den gegebenen historischen Bedingungen praktizierten Mittel, Formen und Methoden gesellschaftlicher Entwicklung gerieten mit den aus der eigenen historischen Tradition und Identität erwachsenden Zielen sowie den aus der internationalen Situation abgelei-

teten Erfordernissen der Existenzsicherung und Selbstbehauptung in einen letztlich nicht zu lösenden Konflikt. Dies führte zu erheblichen Defiziten an Demokratie und Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung der Individuen.

12. Eine Antwort auf die Frage nach dem Zusammenbruch dieser sozialistischen Gesellschaften ist weder zu finden, wenn der Blick ausschließlich auf die inneren Entwicklungsprobleme des Sozialismus gelenkt wird, noch wenn er auf die Rolle der sozialökonomischen oder ideologischen Gegensätze zwischen Kapitalismus und Sozialismus beschränkt bleibt. Erforderlich ist darüber hinaus die Berücksichtigung globaler bzw. allgemein-zivilisatorischer Prozesse und Zusammenhänge dieses Jahrhunderts.

IV. *Zum Diktaturenvergleich von NS-Regime und SED-Staat*

1. Die Enquete-Kommission hat dem auf das NS-Regime und die DDR begrenzten Diktaturvergleich breiten Raum gewidmet, historische Linien, die von der NS-Zeit in die Bundesrepublik führen, aber bewußt ausgeklammert. Für den Vergleich NS-Regime und DDR spricht scheinbar die Tatsache, daß zwei Diktaturen innerhalb der historisch relativ kurzen Frist von sechs Jahrzehnten in Deutschland entstanden und der Umstand, daß alle Diktaturen in gewisser Hinsicht Ähnlichkeit aufweisen. Natürlich ist bekannt, daß Vergleichen nicht Gleichsetzen bedeutet. Es ist aber offenkundig, daß ein solcher, von manchen absichtsvoll aufgestellter Vergleich in erster Linie auf eine völlig ungerechtfertigte Diskreditierung und Verunglimpfung des Systems und des Lebens in der DDR zielt. Allerdings ist das nicht einmal das Hauptmotiv für die Zurückweisung dieser Herangehensweise. Entscheidend ist, daß eine solche Art vergleichender Betrachtung darauf hinausläuft, die Verbrechen des NS-Regimes zu bagatellisieren. Die Erfahrungen mit der DDR sind aktuell und tief im Denken und Fühlen der Menschen – nicht nur in den neuen Bundesländern – verankert, während das NS-Regime ein halbes Jahrhundert und länger zurückliegt. Der immer wieder mit dem Ziel der zumindest partiellen Gleichsetzung vollzogene Vergleich zwischen der DDR und dem NS-Regime muß daher im Bewußtsein vieler Menschen in Deutschland zu dem Eindruck führen, daß das NS-Regime auch nicht wesentlich „schlimmer“ gewesen sein kann als die DDR. Um eine solche Geschichtsfälschung und Trübung des Bewußtseins nicht zuzulassen, ist es ein dringendes Gebot, sich stets energisch gegen diesen mit den genannten Zielstellungen durchgeführten Vergleich zu wenden. Historisch kann alles miteinander verglichen werden, die Frage ist nur: zu welchem Zweck und mit welchem Ziel erfolgt ein solcher Vergleich?
2. Aus den gleichen Gründen wäre der Terminus der „Diktaturkontinuität“ abzulehnen. Eine Kontinuität bedeutet zeitlich lückenlose Zusammenhänge

- und historisch ununterbrochene Entwicklungen, was weder auf die tiefen Umbrüche nach dem Kriegsende, noch auf die Phase nach 1945 bis Anfang der 50er Jahre und eben schon gar nicht auf die gesellschaftlichen Gegensätze zwischen dem NS-Regime und der DDR zutrifft.
3. Mit der Kennzeichnung eines Herrschaftssystems als Diktatur ist für die konkrete Geschichtsaufarbeitung noch nicht viel getan. Auch Diktaturen sind in ihren Erscheinungsformen und Handlungsweisen sehr verschieden. Das trifft schon auf faschistische Diktaturen zu, wie ein Vergleich zwischen dem Italien Mussolinis, dem Spanien Francos, dem Chile Pinochets und eben dem Deutschland Hitlers erkennen läßt. Erst recht gilt das für Diktaturen staatssozialistischer Prägung. Auch diese waren untereinander wieder sehr verschieden. Es wäre einfach ahistorisch, würden zum Beispiel die Unterschiede der staatssozialistischen Diktatur in Ungarn in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren zu denen in Albanien und Nordkorea nicht gesehen. Und auch die staatssozialistische Diktatur in der DDR unterschied sich erheblich von jenen in Nordkorea und Albanien, aber selbst von jener in der UdSSR. Das lag unter anderem daran, daß demokratische Traditionen der europäischen Arbeiterbewegung fortwirkten, daß an parlamentarische Gepflogenheiten Deutschlands vor 1933 angeknüpft wurde und die geographische Lage der DDR sowie der ständige Wettbewerb mit der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Konsequenzen zwangen.
 4. Beim Diktaturvergleich zwischen dem NS-Regime und der DDR spielt die sogenannte Totalitarismus-Auffassung eine vordergründige Rolle. Danach werden jene politischen Systeme des 20. Jahrhunderts als totalitär und hinsichtlich ihrer diktatorischen Herrschaftsstrukturen und -praktiken als wesensverwandt bezeichnet, die auf straffem Zentralismus, auf Ausschaltung und Verfolgung jeder Opposition beruhen und mit Repressionen aller Art sowie Indoktrination die Bevölkerung gefügig zu machen versuchen. Abgesehen davon, daß diese Aussagen keineswegs vollständig sind und die Realitäten in der DDR unzutreffend charakterisieren, gilt hier das oben Gesagte entsprechend. Trotz nicht zu bestreitender Ähnlichkeiten, waren die Unterschiede zwischen dem NS-Regime und der DDR so gewaltig, daß es keine gemeinsame Auffassung und keinen theoretischen Ansatz geben kann, um die jeweiligen gesellschaftlichen Strukturen unter einem Begriff zu fassen. Das hindert uns keinesfalls daran, selbst zu untersuchen, welche gemeinsamen Merkmale alle Diktaturen haben.
 5. Die Befürworter eines zu favorisierenden Vergleichs zwischen dem NS-Regime und der DDR stützen sich auf folgende Ähnlichkeiten, die hier nicht bestritten werden sollen.
 - a) der Mechanismus der politischen Machtausübung auf der Grundlage

des Führungsanspruchs und des Machtmonopols einer Partei, einer Parteiführung oder eines Diktators;

- b) das Verhältnis von Staat und Partei, der Staat wird zum Hilfsinstrument der Parteiführung;
- c) die Verneinung der Gewaltenteilung und die Verhinderung fast jeglicher Machtkontrolle;
- d) das Beanspruchen des weltanschaulichen Wahrheitmonopols durch die Funktionsträger der herrschenden Partei, die Leugnung des Pluralismus in Staat und Gesellschaft;
- e) das Bestreben der politischen Machtorgane und Organisationen, in die privaten Lebensbereiche der Menschen einzudringen.

Dieselben Befürworter vergessen oder bagatellisieren aber in der Regel die gravierenden Unterschiede zwischen Diktaturen faschistischer und staatssozialistischer Prägung, die den Votierenden wegen des falschen Ansatzes dazu veranlassen, diesen Vergleich, der immer und irgendwie eine Gleichsetzung anstrebt, abzulehnen:

- a) Besonders gravierend sind die völlig andersgearteten welthistorischen Wirkungen und Ergebnisse des Faschismus einerseits und des Staatssozialismus andererseits – hauptsächlich in bezug auf die Lebensrechte der Völker sowie auf die Krieg-Frieden-Problematik. Es ist offensichtlich ein Phänomen der Staatsgeschichte, daß diametral entgegengesetzte Staatszwecke – wie demokratische Revolution und Eroberungskriege – ähnlich zentralistisch-diktatorische Staatsstrukturen hervorbringen können. Auch berechtigte Kritik solcher Strukturen darf nicht die zugrundeliegenden Staatszwecke verdecken. Der vom deutschen Faschismus ausgelöste Zweite Weltkrieg hat die Menschheit an den Rand des Abgrunds gebracht; die NS-Macht erhob den Völkermord, der im Holocaust gipfelte, zur Staatspolitik.

Ungeachtet der gesellschaftlichen Gegensätze oder politischen Meinungsverschiedenheiten mit den westlichen Großmächten wurde die UdSSR Mitglied der Anti-Hitler-Koalition und leistete einen erheblichen Beitrag zur Abwehr der faschistischen Barbarei. Dabei erbrachte sie von allen Ländern die größten Opfer.

Für die DDR war typisch, daß sie eine Friedenspolitik betrieb und Abrüstungsvorschläge unterbreitete. Die Staaten des Warschauer Vertrages griffen den Vorschlag der paktfreien Länder für eine friedliche Koexistenz auf und unterstützten ihn wesentlich. Sie hatten deshalb auch einen bedeutenden Anteil an der Eindämmung des Kalten Krieges sowie an ernsthaften Abrüstungsverhandlungen. Auch die DDR leistete diesbezüglich vor allem in den 80er Jahren Erhebliches, als ihr internationales Gewicht gewachsen war. Im Gegensatz zum NS-Regime,

dessen Repräsentanten und staatstragende Organisationen und Verbände von internationalen Gremien gebrandmarkt und gerichtlich zur Verantwortung gezogen wurden, gehörte die DDR seit 1973 der UNO an, genoß internationales Ansehen und wurde zu keiner Zeit und von keinem internationalen Gremium völkerrechtlich angeklagt oder verurteilt.

- b) Während das NS-Regime antikommunistisch war, war die DDR antifaschistisch. Ein wohl in seiner Bedeutung kaum zu überschätzender Unterschied.
- c) Die Ausformung der politischen Systeme unterschied sich erheblich. Während in der DDR und den anderen staatssozialistischen Ländern zunehmend partiell demokratische Wirkungsräume existierten, wurden diese während des NS-Regimes in steigendem Maße und letztlich vollständig beseitigt. Der Nazismus negierte Demokratie absolut, er setzte das Führerprinzip dagegen. Der Staatssozialismus versuchte, wenngleich zumeist in fragwürdiger Weise, den Demokratiegedanken in das Konzept der „sozialistischen Demokratie“ zu integrieren. Das hatte in Teilbereichen, namentlich auf betrieblicher und örtlicher Ebene, durchaus positive Wirkungen; die gesamtgesellschaftliche Ausweitung wurde jedoch wesentlich durch das Postulat des „demokratischen Zentralismus“, der in Wirklichkeit überwiegend ein diktatorischer Zentralismus war, behindert.
- d) Grundverschieden sind die Herkunft und die Hauptinhalte der jeweiligen Ideologien. Während die faschistische Ideologie von Mystizismus und Irrationalismus, vor allem von der antihumanen Rassenlehre getragen wird, ist die Ideologie des „Marxismus/Leninismus“ mit dem Rationalismus und Humanismus der Aufklärung verbunden und wendet sich entschieden gegen Völker- und Rassenhaß.
- e) Grundlegend verschieden sind auch die ökonomischen Strukturen. Im Faschismus bleibt es bei der kapitalistischen Produktionsweise mit ihrer Profitwirtschaft, während der Staatssozialismus eine nichtkapitalistische Wirtschaftsform organisierte, in der neben dem dominierenden staatlichen Eigentum, auch genossenschaftliches Eigentum und Privateigentum existierte.
- f) Völlig verschieden sind Faschismus und Staatssozialismus auch in sozialer Hinsicht. Entgegen seiner vehement betriebenen sozialen Demagogie verfolgte das NS-Regime eine systematische Entrechtung im Sozial- und Arbeitsbereich. Bei aller Kritik an der DDR kann niemand übersehen, daß sehr viel für die Verbesserung der sozialen Lage der arbeitenden Menschen getan wurde. So konnten zum Beispiel eine weitgehende soziale Chancengleichheit in Bildung, Beruf und Kultur, eine soziale Grundsicherung, das Recht auf Arbeit, die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit verwirklicht werden. In anderen

wichtigen Lebensbereichen wie in der Wohnraumbereitstellung, der Gleichstellung der Geschlechter, im Familien- und Arbeitsrecht, im Gesundheitswesen, bei Kinderkrippen, Kindergärten und Kinderhorten sowie in der Kinderferiengestaltung und auf vielen anderen Gebieten wurden Ergebnisse erzielt, die nicht einmal einen Vergleich mit den hoch entwickelten kapitalistischen Industriestaaten zu scheuen brauchen. Im Gegenteil, dort findet inzwischen durch Wegfall der Systemkonkurrenz ein erheblicher Sozialabbau beim gleichzeitigen Anwachsen von Massenarbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit statt.

6. Im Selbstverständnis der SED war der Kern des politischen Systems die „Diktatur des Proletariats“. In offiziellen Dokumenten (beispielsweise in den Verfassungen von 1968 und 1974) wurde allgemeiner formuliert, daß die DDR „ein sozialistischer Staat“ sei, in dem „die Arbeiterklasse und ihre marxistisch/leninistische Partei“ die Macht innehatte. In Wirklichkeit waren weder die Arbeiterklasse (was immer soziologisch darunter zu verstehen war), noch die SED als Gesamtpartei, verkörpert durch ihre Mitglieder, die tatsächlichen politischen Herrschaftssubjekte, sondern vielmehr die Führungsspitze der SED, namentlich in Gestalt des Politbüros.

Präziser wäre demnach, von einer stalinistischen Einflüssen unterliegenden „Diktatur der SED-Führung“ zu sprechen, die im zeitlichen Ablauf sowohl autoritäre und diktatorische, aber auch demokratische Komponenten, vor allem im gesellschaftlichen Mittelbau sowie auf betrieblicher und örtlicher Ebene, aufwies.

7. Die Realität der DDR war durch ein eigenartiges kontradiktatorisches, gesellschaftspolitisches Beziehungsgeflecht gekennzeichnet: von proklamierten, tatsächlichen oder zumindest so verstandenen sozialistischen Zielsetzungen und in diese Richtung gehenden Maßnahmen und Regelungen beispielsweise auf sozialem, rechtlichem, kulturellem, gleichstellungs-, bildungs- und gesundheitspolitischem Gebiet; von produktiven Arbeitsleistungen und anderen sinnvollen gesellschaftlichen Aktivitäten großer Teil der Bevölkerung, die jenes Vorgehen billigen und tolerierten; aber auch von stalinistischen bzw. vom Stalinismus beeinflussten Strukturen, Institutionen sowie Herrschaftspraktiken der politischen Führungskräfte der SED. Das Verhängnis bestand darin, daß das ursprünglich von Marx mit dem Begriff „Diktatur des Proletariats“ unterlegte demokratische Grundprinzip der mehrheitlichen Willensentscheidung und politischen Interessenvertretung der übergroßen Mehrheit des arbeitenden Volkes mit dem Entstehen des Staatssozialismus in Sowjetrußland und später auch in der DDR als Herrschaft von Minderheiten, die sich jeder wirksamen demokratischen Kontrolle entzogen, praktiziert wurde.

Entgegen der Marx'schen Intention blieben Sozialismus, Demokratie und wirkliche Emanzipation getrennt.

8. Entstehung und Werdegang der DDR sind nur aus dem breiten Fluß der Geschichte des deutschen Volkes, vor allem aus den politischen und sozialen Auseinandersetzungen seit dem Ersten Weltkrieg zu begreifen. Bei den neuen Weichenstellungen 1945 und der Entstehung der beiden deutschen Staaten – die sich beide als Alternative zum NS-Regime verstanden – spielten sowohl die Erfahrungen und Lehren der Weimarer Republik und der faschistischen Barbarei (obwohl unterschiedlich interpretiert) als auch die internationale Konstellation der Nachkriegsjahre und nicht zuletzt die Anwesenheit der Besatzungsmächte eine grundlegende Rolle. Bei der Aufarbeitung dieser Geschichte könnten auch Diktaturenvergleiche einen Denk- und Forschungsansatz unter anderen bilden. Es wäre jedoch völlig verfehlt und verhängnisvoll, die nach 1945 in Westdeutschland bei der Auseinandersetzung mit dem Nazismus zugelassenen Versäumnisse jetzt durch eine um so größere Rigorosität bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte zu kompensieren.

V. *Die DDR, ihre Bürgerinnen und Bürger und ihre Leistungen*

Die im Bericht der Enquete-Kommission dominierende Negativbewertung der DDR verabsolutiert die verurteilenswürdigen Züge des SED-Regimes und die sich im Herbst 1989 offenbarende Abwendung großer Kreise der Bevölkerung von diesem System. Das führt zur Legendenbildung um die Geschichte des zweiten deutschen Staates. Sie verdrängt die Tatsache, daß es sich hier um den Versuch einer positiven Alternative zur bisherigen deutschen Geschichte und zur Tendenz ihrer Bewahrung in der Bundesrepublik Deutschland handelte, in dem – mehr oder minder verwoben mit abzulehnenden Erscheinungen und Praktiken – viele Ansätze zu neuen und zukunftssträchtigen Lösungen herausgebildet wurden.

Diese Bewertung verstellt die unbefangene Sicht auch darauf, daß diese Ansätze ihrerseits ganz oder teilweise, durchgängig oder zeitweilig, hinnehmende, billigende oder unterstützende Akzeptanz großer Teile der Bevölkerung, aber auch auf internationaler Ebene, erlangt haben. Ohne Beachtung des Zusammenhanges und der wechselseitigen Beeinflussung der unterschiedlich zu wertenden Wesenszüge, Entwicklungen und Erscheinungen in der DDR und ohne Berücksichtigung ihres unterschiedlichen Gewichts in den einzelnen Abschnitten ihrer Geschichte, ist es nicht möglich, die rund fünfundvierzigjährige relativ stabile Existenz dieses politischen Systems, seine Krisen und Erholungsphasen sowie seine schließliche Beseitigung zu verstehen und zu beurteilen.

Wenn hier auch Beachtens- und Bewahrenswertes aus der Erbmasse der DDR hervorgehoben wird, so zielt das nicht auf DDR-Nostalgie, sondern auf eine differenzierte Bewertung der Geschichte und der Leistungen der Bürgerinnen

und Bürger der DDR. Der Ansatz von Sozialismus in der DDR hat zwar seinem Wesen nach letztlich weder Effektivität noch Attraktivität erreichen können, hatte aber dennoch hoffnungsetzende Neuanfänge. Es geht um die Fähigkeit, aus Negativem und Positivem in der Geschichte zu lernen.

A. *Zur Akzeptanz der DDR seitens ihrer Bevölkerung*

1. Es ist nicht zutreffend, daß sich die Bürgerinnen und Bürger in der Gesamtzeit der Existenz der DDR durchgängig und ausschließlich ablehnend zu diesem Staat und der von ihm vertretenen Ordnung verhalten hätten. Die überwiegende Mehrzahl der in der ehemaligen DDR lebenden Menschen war weder militanter Systemgegner bzw. sich permanent gequält fühlendes Opfer noch gar ein blindwütiges Werkzeug eines Unrechtssystems. Die meisten Menschen wollten (verständlicherweise) einfach bloß leben, möglichst besser und nicht schlechter als bisher. Und das maßen sie an den ihnen wichtigen Kriterien in den sozialen, moralisch-ideellen, politischen, kulturellen und ähnlichen, für ihre persönliche Identität bedeutsamen Bereichen.

Bezüglich der offiziellen Positionen und Anliegen der DDR gab es folglich, wechselnd in den verschiedenen Zeitabschnitten, durchaus Akzeptanz und Identifikation in der Bevölkerung. Diese Akzeptanz war unterschiedlich motiviert und differenziert ausgeprägt (oft mit der Ablehnung bestimmter Seiten der DDR-Wirklichkeit verbunden). Sie spielte zeitweilig, zuletzt gar nicht mehr, eine Rolle als Gegengewicht zur mehr oder minder verbreiteten Ablehnung dieses Regimes.

2. In den ersten Nachkriegsjahren überwog die Billigung der Politik des Friedens, des Antifaschismus und des Wiederaufbaues, des geistig-kulturellen Neubeginns, auch des Eintretens für die nationale Einheit und einen Friedensvertrag. Die sich neu eröffnenden Perspektiven zur Lebensgestaltung für Arbeiterinnen und Arbeiter, Bäuerinnen und Bauern und Umsiedlerinnen und Umsiedler, für die Jugend und für die Frauen, für die Menschen des einfachen Volkes überhaupt, soweit sie nicht ideell und politisch dem Dritten Reich verhaftet geblieben waren, wurden akzeptiert. In der Folgezeit haben Enttäuschung, Unrechtserfahrungen und Mißtrauen gegenüber der offiziellen Politik Oberhand erhalten. Den 17. Juni 1953 wird man als Höhepunkt der verbreiteten Ablehnung der DDR, der in ihr herrschenden Verhältnisse und der SED, feststellen müssen.

Dagegen dürfte – wie repräsentative Untersuchungsergebnisse belegen – kaum Zweifel daran bestehen, daß ab Ende der fünfziger Jahre bis zu Beginn der achtziger Jahre eine variabel große, aber deutliche Mehrheit der Bevölkerung die DDR angenommen hat und sich in ihr einrichtete. Zugleich muß man von einer weitreichenden Entfremdung der Bürgerinnen

und Bürger von ihrem Staat, insbesondere aber einem Vertrauensschwund gegenüber der SED und ihrer Führung, spätestens ab den achtziger Jahren ausgehen. Die Tiefe der Krise und die Breite der Abwendung wird daraus ersichtlich, daß sie zuletzt auch die „staatstragenden“ Teile der Bevölkerung erfaßte. Große Teile der Mitgliedschaft und des unteren Funktionärskörpers der SED, der Blockparteien, der Massenorganisationen und des Staatsapparates, auch der Intelligenz, waren nicht mehr bereit, sich für den Machterhalt der herrschenden Führungskaste zu engagieren. Das hat mit dazu beigetragen, den Systemwechsel gewaltlos zu vollziehen.

3. Wenn von mehrheitlicher Akzeptanz der DDR gesprochen wird, muß berücksichtigt werden, daß diese sich sowohl allein auf die Respektierung der staatlichen Existenz beziehen konnte, als auf die Billigung der gesellschaftlichen Ordnung oder auch auf die Zustimmung zur Politik der Führung bis zur Anerkennung der Machtausübung durch die SED und ihre Repräsentanten. Sie konnte sich jedoch auch auf eine oder einzelne Bezugsebenen begrenzen und Distanz, Ablehnung bzw. Kritik gegenüber anderen einschließen. Dahinter stand in nicht unerheblichem Maße die Billigung des sozialistischen Anspruchs der DDR und die Zustimmung zu wesentlichen Grundprinzipien ihrer Politik (Antifaschismus, Friedenserhaltung, soziale Sicherheit, Gleichberechtigung der Frau, allgemeiner Zugang zu Bildung und Kultur und zu kostenloser Gesundheitsvor- und -fürsorge). Sicherlich war auch eine gehörige Portion Anpassung und Unterwerfung unter gesellschaftliche Konventionen und Zwänge dabei, wie das für alle Gesellschaften gilt. Aber auf keinen Fall ist diese Akzeptanz nur auf Repression und Überwachung oder auf die Anwesenheit sowjetischer Truppen zurückzuführen.

B. *Zur außenpolitischen Akzeptanz der DDR*

1. Die DDR verkörperte in ihrer Außen- und Friedenspolitik den radikalen Bruch mit der internationalen Politik des imperialistischen Deutschlands. Im antifaschistischen und antiimperialistischen Charakter ihrer Außenpolitik findet die historische Legitimität der DDR eine ihrer Grundlagen. Allerdings wurde der Antifaschismus in gewissem Sinne einseitig ausgelegt, im Verlaufe der Zeit auch nach politischer Zweckmäßigkeit gehandhabt und somit instrumentalisiert, was eine umfassende Verarbeitung der geschichtlichen Lehren für die nachfolgenden Generationen beeinträchtigte.
2. Die DDR sah sich als eine Alternative zur Existenz und internationalen Politik der BRD, die sich ihrerseits in der Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches sah. Dafür, daß dieser andere deutsche Staat eben auch in dessen geistiger, politischer und personeller Kontinuität stand, gab es damals viele Anzeichen. In dieser Beziehung wirkte die DDR als ein Gegenfaktor zur

BRD, sowohl hinsichtlich deren außenpolitischer Ambitionen wie auch der inneren Restauration, was zugleich Interessen westlicher Staaten entsprach und international Beachtung fand.

Für kritisch denkende SED-Mitglieder und andere Bürgerinnen und Bürger der DDR bestand darin ein großes Problem, denn es hatte gerade in den fünfziger und sechziger Jahren den Anschein, daß diejenigen, die sich gegen Ulbricht, die SED oder die DDR stellten, befürchten mußten, der Bundesrepublik Deutschland mit den Globkes und Filbingers zu nutzen.

3. Die Anerkennung der Deutschland betreffenden und von der Bundesrepublik Deutschland jahrzehntelang vehement angefochtenen territorialen Veränderungen nach dem Zweiten Weltkrieg, vor allem der Oder-Neiße-Grenze, war ein wesentlicher Beitrag der DDR zur Stabilität in Europa und zur Aussöhnung mit den Nachbarländern unter den Bedingungen des Kalten Krieges. Vornehmlich gegenüber den Völkern Osteuropas hat die DDR maßgeblich dazu beigetragen, das Bild über Deutschland und die Deutschen neu zu bestimmen. Diese internationalen Wirkungen der DDR haben zugleich zur Herstellung jener internationalen Rahmenbedingungen beigetragen, die es der Bundesrepublik erleichterten, ein neues Verhältnis zu diesen Völkern zu finden.
4. In ihrer Außenpolitik war die DDR darauf bedacht, daß in Deutschland und Europa Frieden und Sicherheit gewährleistet werden und vor allem, daß von Deutschland kein Krieg und kein Anlaß für militärische Konflikte ausgehen. Dem lag anfänglich das Bestreben zugrunde, der dem Westen angerechneten Spaltung und Remilitarisierung durch die Orientierung auf ein einheitliches, entmilitarisiertes und neutrales Deutschland entgegenzutreten. Nachdem sich dies als nicht realisierbar erwies, verfolgte die DDR das Ziel, die Existenz zweier deutscher Staaten und ihre gegenseitigen Beziehungen zum Faktor europäischer Stabilität und friedlicher Koexistenz zu machen. Dazu waren die Überwindung der Hallstein-Doktrin erforderlich und die internationale Anerkennung der DDR nötig.

Demgemäß wirkte die DDR für die Anerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges, für das Zustandekommen der KSZE und der Schlußakte von Helsinki, für die Eindämmung und Überwindung der Krise um die Mittelstreckenraketen in Europa sowie für normale Beziehungen und Elemente einer Sicherheitspartnerschaft mit der BRD. Das war Ausdruck des im Rahmen der Blocklogik des Ost-West-Verhältnisses erfolgenden Engagements der DDR für Entspannung, Friedenssicherung, Abrüstung und gleichberechtigte internationale Beziehungen. Ebenso ist ihr Wirken in der UNO und ihre vielfältige Mitwirkung an der Kodifizierung demokratischen Völkerrechts zu sehen.

5. Die DDR setzte sich für die Überwindung des Kolonialismus, für eine gleichberechtigte Einbeziehung der Entwicklungsländer in die internatio-

nen Beziehungen und für eine neue Weltwirtschaftsordnung ein. Sie übte auch praktisch spürbare Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt. All dies brachte der DDR Sympathien und hohe Anerkennung ein, die ihre Existenz überdauern.

Die reale Entwicklungshilfe der DDR hatte ihre Schwerpunkte im Bereich von Bildung, Gesundheitswesen und der fachlich-sachlichen ökonomischen Unterstützung (obwohl die ökonomischen Engagements der DDR oft hinter dem Nötigen und ihr auch Möglichem zurückblieben) – sowie im militärischen Bereich. Allerdings war diese Hilfe selektiv, indem sie vor allem jenen Staaten der Dritten Welt bzw. nationalen Befreiungsbewegungen gewährt wurde, die sich als antiimperialistisch und sozialistisch orientiert verstanden. Damit trug die DDR – wie die meisten anderen Staaten – zu einer Instrumentalisierung von Entwicklungsländern im Ost-West-Konflikt bei. Durch die Ergebnisse der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses „Kommerzielle Koordinierung“ sind auch andere Beispiele für Waffenexporte bekannt geworden, die zu verurteilen sind, aber an der dargelegten Gesamttendenz nichts ändern.

6. Die DDR hat nach dem Zweiten Weltkrieg im Ausland wesentlich dazu beigetragen, der demokratischen, humanistischen und antifaschistischen deutschen Kultur wieder Ansehen zu verschaffen. Der Kulturaustausch, der vorrangig auf den Gebieten von Wissenschaft, Bildung und Sport erfolgte, nahm in der internationalen Politik der DDR einen wichtigen Platz ein, zumal er geeignet war, die von der Bundesrepublik Deutschland betriebene Isolierungspolitik zu durchbrechen. Er war jedoch starken ideologisch begründeten Einschränkungen unterworfen, so daß die DDR sich einerseits selber bedeutsamen Einflüssen, darunter eindeutig progressiven, verschloß und sie andererseits oftmals eine nur unzureichend den jeweils gegebenen konkreten Umständen angemessene Beratungshilfe leisten konnte.
7. Die in den siebziger Jahren erreichte weltweite Anerkennung der DDR, der Entspannungs- und vor allem der KSZE-Prozeß, den die DDR aktiv mitbefördert hatte, stellten die DDR vor neue außen- und innenpolitische Herausforderungen. Die DDR-Führung versuchte, die neuen internationalen Möglichkeiten selektiv zu nutzen, war jedoch in mehrfacher Hinsicht nicht fähig, die damit verbundenen Konsequenzen zu bewältigen. Das gilt speziell für folgende Aspekte:
 - a) Zwingend wurde die Notwendigkeit, auch nach innen Dialog, Zusammenarbeit unterschiedlicher Kräfte, Wahrnehmung individueller Menschenrechte und Informationsfreiheit zu gewähren. Das wurde kaum verwirklicht, weil man darin Elemente der Destabilisierung sah. In Wirklichkeit führte gerade die Verweigerung dessen zur Destabilisierung.
 - b) Mit dem Entspannungsprozeß nahm zeitweilig der von außen wirkende

Druck auf das Land ab. Dieser hatte der DDR-Führung in der Regel zur Rechtfertigung der inneren Repression gegen oppositionelle Kräfte und der Abschottung nach außen gedient. Es erfolgte im Zuge der Entspannung jedoch kein Abbau dessen.

- c) Die Entspannung förderte die unterschiedlichen Interessen der einzelnen sozialistischen Länder und minderte ihre Solidarität. Zugleich versuchte die DDR, eine eigene Rolle zu spielen. Die sich so ausprägenden Gegensätze mußten sich auf die DDR, die mehr als andere Staaten auf die Block-Solidarität angewiesen war, nachteilig auswirken. Die DDR-Führung besaß kein Konzept für die Bewältigung solcher Konsequenzen des Helsinki-Prozesses.
 - d) Zwischen dem Bestreben nach Frieden, Sicherheit und Kooperation einerseits und dem als unumgänglich erachteten Primat machtpolitischer Existenzsicherung andererseits, bestand ein krasser Widerspruch der DDR-Politik. Die Friedens- und Abrüstungspolitik der DDR blieb inkonsequent, weil sie – im Zuge ihrer festen Einbindung in den Warschauer Vertrag – an der Überbetonung der militärischen Komponente der Sicherheitspolitik festhielt (und nach innen die Rolle der Sicherheitsorgane noch verstärkte).
8. Auch aus der Sicht der Außenpolitik der DDR und ihrer internationalen Stellung widerspricht es den historischen Realitäten, den Staat DDR zum Unrechtsstaat zu erklären, der sich im Widerspruch zur einzig legitimen deutschen Nachkriegsentwicklung in Gestalt der Bundesrepublik Deutschland befunden hätte. Dem widersprechen die belegbaren Auffassungen der internationalen Staatengemeinschaft. Von keinem Staat, der mit der DDR diplomatische Beziehungen unterhielt, auch nicht von der UNO, wurde in der Vergangenheit oder wird heute die These von einem Unrechtsstaat DDR geteilt.

C. *Politisches System, Staat und Recht*

1. Eine Analyse von Herrschaftsstrukturen (bzw. der Staatsform) hat die politischen und sozialen Konstellationen und die gesellschaftlichen Widersprüche zu beachten, aus denen politische Institutionen erwachsen. Der Staat und das politische System der DDR entstanden als Fortsetzung des politischen Systems der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen, wie es sich nach 1945 herausgebildet hatte. Auf die Gestaltung dieses politischen Systems hatten sehr unterschiedliche politische Kräfte und Faktoren eingewirkt: die sowjetische Besatzungsmacht, die politische Bewegung für antifaschistisch-demokratische Umgestaltungen, die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens, der beginnende Kalte Krieg und die programmatischen Konzepte der Parteien, vor allem der KPD-Führung.

Bereits zum Zeitpunkt der Konstituierung der DDR waren mit der Umwandlung der SED zur „Partei neuen Typus“ zahlreiche positive Ansätze für eine neue Demokratiequalität im Sinne einer Entwicklung zur individuellen und kollektiven Selbstbestimmung des Volkes beseitigt worden.

2. Eine Analyse und Bewertung der Herrschaftsstrukturen in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR hat zu beachten, daß die in Ostdeutschland betriebene tiefgreifende Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse wohl kaum ohne eine vorübergehende „revolutionäre Diktatur“ (Marx) möglich war. Sie hat außerdem in Rechnung zu stellen, daß die sowjetische Besatzungszone und die DDR über 45 Jahre hinweg unter Bedingungen eines tatsächlich gegebenen Ausnahmezustandes existierten. Dieser hatte seine Grundlage in der seit Beginn des Kalten Krieges von den Regierenden in Bonn verfochtenen Politik der „Befreiung“ der DDR, die die Legitimität der DDR als Staat leugnete.

Demokratisierung war unter diesen Bedingungen sicherlich in besonderem Maße schwierig.

Dennoch verlangten die veränderten inneren Bedingungen – unabhängig von den in diesem Zusammenhang subjektiv angenommenen bzw. objektiv vorhandenen Risiken für die politische Stabilität der DDR und damit auch der UdSSR – spätestens seit den sechziger Jahren eine radikale Demokratisierung. Ihre Blockierung seitens der SED-Führung war eine in jeder Hinsicht zutiefst verfehlte Reaktion gegen ein Konzept, das die Grundlage politischer Stabilität einer sozialistischen Gesellschaft in der Selbstbestimmung des Volkes sah. Ausgehend von dieser Entscheidung wurde Demokratie auf „Mitwirkung“ reduziert. Demgegenüber erfordert der Ausbau der Demokratie die Teilhabe an der Information, an der Entscheidung, an der Leitung bzw. Lenkung und vor allem an der Kontrolle. Volkssouveränität wurde – in Artikel 47 der DDR-Verfassung von 1968 – dem „demokratischen Zentralismus“ untergeordnet. Parteien, Volksvertretungen, Wahlen und andere demokratische Institutionen des politischen Systems trugen weitgehend scheindemokratische Züge.

3. Prägend für das politische System der DDR waren diktatorische, autoritäre und bürokratisch administrative Formen und Methoden. Zugleich gab es jedoch auch Momente einer realen demokratischen Mitwirkung in den Betrieben und, allerdings schwächer, auch in den Wohngebieten und Gemeinden. Darüber hinaus hatte sich in der DDR ein System der Konfliktregulierung zwischen dem Einzelnen und dem jeweiligen Kollektiv sowie zwischen Bürger und Staat entwickelt, das überwiegend angenommen wurde.

Einerseits waren mit dem gesellschaftlichen Eigentum und einem höheren Maß an sozialer Gleichheit Voraussetzungen für eine neue Qualität an Demokratie geschaffen und demokratische Bedürfnisse geweckt worden.

Andererseits wurde demokratische Mitwirkung gehemmt und demokratische Selbstbestimmung weitgehend verhindert. Bei der Schaffung stabiler demokratischer Institutionen versagte die DDR weitgehend. Die Entwicklung des Staates trug deutliche Züge einer Wandlung vom Diener zum Herrn der Gesellschaft.

Das politische Leben war bestimmt von einer Art Erziehungsdiktatur, die durch soziale Grundrechte untersetzt war. Allen Menschen sollten höhere Bildung und der Reichtum der Kultur vermittelt werden. Die Politik sollte Nützliches fördern, Neutrales dulden und Schädliches verhindern. Die politische Entwicklung wurde von der SED-Führung bestimmt. Weder fand ein ernsthafter, öffentlicher Dialog in den Massenmedien, noch ein politischer Dialog zwischen den Regierenden und den Regierten statt.

Typisch für die DDR war, daß diktatorische Herrschaftsstrukturen mit demokratischen Mitwirkungsformen sowie die Verweigerung eines demokratischen Entscheidungsprozesses mit einer durchaus die sozialen Interessen beachtenden Staatspolitik einhergingen. Der Sozialstaat mit Vollbeschäftigung, wesentlich geringeren sozialen Unterschieden, mit sozialer Grundsicherung, der Orientierung auf Allgemeinbildung und Kultur erreichte in der deutschen Staatsgeschichte seinen bisher weitestgehenden Ausbau. Damit entstanden für die große Masse der Bevölkerung andere Formen des Umgangs, soziale Wärme, mehr Solidarität, mehr Denken „an das Ganze“, also Verhaltensweisen, denen mit dem Anschluß an die Bundesrepublik Deutschland und dem Abbau des BRD-Sozialstaates immer mehr Grundlagen entzogen werden.

4. Die DDR hatte auf einer Reihe von Gebieten, wie dem Arbeitsrecht, dem Zivilrecht, dem Familienrecht, ein den Interessen der Bürger weitgehend entsprechendes und ihnen verständliches Recht. Sie hatten subjektive Rechte, die durchsetzbar waren. Auf Überzeugung, aber auch auf eine Konfliktlösung in gegenseitiger Übereinstimmung orientierte das Eingabenrecht, das im Konfliktfall Gespräche mit den Staatsorganen, aber auch die kostenlose Rechtsberatung bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften einschloß. Allerdings war das Eingabenrecht kein ausreichender Ersatz für das Fehlen einer Verwaltungsgerichtsbarkeit. Trotzdem gab es in Rechtsfragen des Alltags in gewissem Maße Allgemeinverständlichkeit, Überschaubarkeit und damit diesbezüglich das Gefühl von Rechtssicherheit. Überall, wo politische Macht unmittelbar berührt wurde, hinsichtlich Teilen des Strafrechts, des Verwaltungsrechts und insbesondere des Verfassungsrechts, wurden Rechtsstaatlichkeit und Rechtsschutz weitgehend verweigert. Folgen waren u. a. die Unbestimmtheit der Tatbestände des politischen Strafrechts, unzulässige Beschränkungen der Bürgerrechte und die Verweigerung eines wirksamen Verfassungs- und Verwaltungsverfahrenrechts. Der Krebschaden in der Rechtskonzeption der SED bestand

in der Reduktion des Rechts auf seine Instrumentalität und in der Weigerung, die Funktion des Rechts als Maß der Macht zu akzeptieren. Die Regierenden brachen Recht, sobald ihre eigenen oder die Interessen des bürokratisch-administrativen Systems gefährdet erschienen.

5. Die DDR war trotz aller Fortschritte auch auf dem Gebiet der Rechtskultur bis zum Schluß kein Rechtsstaat, weil wesentliche Merkmale eines Rechtsstaates (Dreiteilung der Gewalten, Bindung der Staatsgewalten an das Recht) entweder fehlten oder unzulänglich ausgestaltet waren. Die Charakterisierung der DDR als „Unrechtsstaat“ oder „Unrechtssystem“ ist jedoch absurd, weil sie sich einer wissenschaftlichen Begründung entzieht. Daß die DDR ein anderes Rechtssystem als die Bundesrepublik Deutschland hatte, in dem die Rechtskultur unzureichend entwickelt war, ist kein Ruhmesblatt der DDR. Daß es in der DDR verbreitet Unrecht sowie Verfolgung, Demütigung und Entmündigung von Menschen gab, trifft zu. Die Anwendung des Begriffs „Unrechtsstaat“ impliziert jedoch, die Legitimität der Existenz eines Staates zu bestreiten.

D. *Zur Akzeptanz der kulturellen und künstlerischen Entwicklung in der DDR*

1. Im Zentrum von Untersuchungen zur DDR-Kultur steht gegenwärtig zu- meist die Ideologisierung, Politisierung und Zensur von Kunst und Kultur sowie die Ausgrenzung von nicht konformen Künstlerinnen und Künst- lern, die – wenngleich in den Jahren unterschiedlich – Bestandteil der Kulturpolitik der SED waren. Man kann die Kultur jedoch weder mit der in ihr praktizierten Kulturpolitik identifizieren, noch kann man sie unabhängig davon oder ausschließlich im Gegensatz zu ihr beurteilen. Denn tatsächlich war die Kultur in der DDR, wie jede Kultur anderswo, Lebens- alltag der Menschen, war sie die Leistung ihrer Künstlerinnen, Künstler und Kulturschaffenden und insofern Bestandteil der in diesem Lande existenten gesellschaftlichen Verhältnisse wie auch von diesen geprägt und beeinflußt. Darin ist auch die Kulturpolitik als ein, wenngleich wesentlicher Faktor einzuordnen, der allerdings in der DDR sehr widersprüchliche, zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich gelagerte Auswirkungen hatte.
2. Die Kultur in der DDR war von dem sozial gerechten Grundkonzept bestimmt, die bisher eher vernachlässigte breite Masse des Volkes stärker einzubeziehen. Das entsprach den veränderten politischen Verhältnissen wie der neuen Eigentumsstruktur und hatte sie zur Voraussetzung. Es stimmte überein mit den ernstgemeinten Ambitionen vieler Engagierter, besonders auch unter den Intellektuellen, eine Alternative zu jener Lebensweise zu schaffen, wie sie der kapitalistischen Profitwirtschaft notwendigerweise entspringt. Dieses Gesamtkonzept war zweifellos beeinflußt von der in den Traditionen der Arbeiterbewegung lebendigen Losung „Die Kunst dem

- Volke“. Der gesellschaftliche Umbau war also nicht zuletzt von kulturellen Zielen bestimmt, lief auf die Erziehung und Bildung eines „neuen Menschen“ hinaus, worin deutlich auch illusionäre Vorstellungen mitschwangen. Die späteren Projekte einer „gebildeten Nation“ und „sozialistischen Menschengemeinschaft“, auch zentrale Elemente des „Bitterfelder Weges“, lagen auf der gleichen Linie und scheiterten in der einen oder anderen Weise auch an den Schwierigkeiten der in der DDR nachzuholenden Modernisierung. Damit waren allerdings auch Ausgrenzungen programmiert.
3. Von diesem sozialen Konzept ist auch der Aus- und Umbau der kulturellen Infrastruktur in den ersten Jahrzehnten geleitet gewesen. Erhebliche Mittel wurden dafür eingesetzt, doch ließ ökonomische Schwäche auch spürbare Lücken zurück. Bereits in den fünfziger Jahren entstanden hunderte Kulturhäuser in Industriebereichen und auf dem Lande, zahlreiche Räumlichkeiten für die Arbeit in Zirkeln des künstlerischen Volksschaffens und Klubs für die Jugend. Das Land wurde mit einem Netz von Bibliotheken überzogen; ein gut gegliedertes System von Verlagen sorgte für die Herausgabe von Büchern, die auf den Gewinn neuer Leserschichten zielten. Hinsichtlich der Zahl der Theater, Orchester, Museen (bezogen auf die Einwohnerzahl), lag die DDR bald mit an der Spitze im internationalen Vergleich. Nicht nur staatliche Institutionen, sondern auch Betriebe und Genossenschaften wurden zu Trägern des kulturellen Lebens. Das System der Schulen für die verschiedenen Künste wurde ergänzt, die Ausbildung auf einen hohen Stand gebracht und dort gehalten. Es funktionierte ein System kultureller Grundversorgung sowie der Förderung künstlerischen Schaffens, das es der großen Mehrheit der Bevölkerung gestattete, sich die Kultur aller Bereiche anzueignen. Die meisten kulturellen Leistungen waren hoch subventioniert, was sich aus der sozialen Orientierung des Gesamtkonzepts ergab. Gegen Ende der DDR breitete sich jedoch zum Nachteil der massenkulturellen Infrastruktur immer mehr eine auf die Polithierarchie zugeschnittene Repräsentationskultur aus.
 4. Der grundlegende Paradigmenwechsel in der Kultur zugunsten des Volkes beeinflusste nicht nur kulturpolitische Entscheidungen, sondern wurde auch von hervorragenden Künstlerinnen und Künstlern vollzogen und mit inspiriert. Künstlerische Konzepte wie die Brechts oder Felsensteins waren nicht zuletzt diesem Umstand geschuldet; ihre Realisierung in der DDR erlangte internationale Anerkennung. Daraus resultierende Forderungen nach Realismus und Volksverbundenheit, wie sie etwa Lukacs vertrat, wurden für die stalinistische Deformierung der Kunst mißbraucht.
 5. Neben der betont sozialen Komponente war in der DDR-Kultur ein nationales Element dauerhaft mitbestimmend; sie blieb insbesondere staats- und traditionsverbunden. Zwar wurden vom sowjetischen Modell strukturelle Elemente übernommen, doch scheiterte der Versuch, es allseitig durchzuset-

zen. Hinter dem vielfältigen Charakter heutiger Weltkultur zurückbleibend, ist eine, freilich selektive, internationale Linie in der DDR-Kultur stets vorhanden gewesen. Insgesamt steht ihre über vierzigjährige Existenz für ein durch charakteristische Akzente gekennzeichnetes Kapitel deutscher Kulturgeschichte. Die Künste der DDR fanden in einem Maße internationale Resonanz, wie sie den Kunstleistungen einer deutschen Region (in einem relativ kurzen Zeitraum) bis dahin nur höchst selten zuteil wurde. Regisseure und Solisten waren in vielen Ländern sehr gefragt. Orchester und Chöre hatten einen guten Ruf. Die von Autorinnen geschaffene Literatur erregte Aufmerksamkeit; Kinderbücher und Kinderfilme – systematisch gefördert – waren für ihr hohes Niveau bekannt. Im Lande bewegten Literatur- und Schauspielkunst das Publikum. Die regelmäßigen Wettbewerbe in der bildenden Kunst wurden von der Bevölkerung mit beachtlichem Interesse aufgenommen. Rockgruppen waren mit deutschsprachigen Titeln erfolgreich.

Natürlich waren in den Künsten auch affirmative und konformistische Züge vorhanden; sie erhielten durch die offizielle Orientierung eine Art höhere Weihe, die ihnen eine unangemessene Bedeutung zukommen ließ. Auch Mittelmaß gab es genügend, wie es im marktwirtschaftlichen System in die Öffentlichkeit geschwemmt wird. Besonders in den Massenmedien der DDR aber war beides überproportional vertreten. Äußerst fragwürdig jedoch ist es, die durchgängig vorhandenen antifaschistischen Gehalte als affirmativ zu verleumden, denn dem stehen historische und biographische Fakten entgegen. Keineswegs zufällig hatten sich viele prominente Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus dem antifaschistischen Exil in der DDR niedergelassen. Und nicht wenige Künstlerinnen und Künstler der Folgegeneration waren Antifaschistinnen und Antifaschisten aus bitterster Lebenserfahrung. Keineswegs affirmativ war auch jene Literatur und Kunst, die aus dem Alltag des Lebens der Menschen in der DDR erwuchs, ihre Erfahrungen und Hoffnungen, Nöte und Illusionen teilte und ihnen oft genug Hilfe, Mut, auch Freude vermittelte und ihre Sorgen aussprach. In solchen künstlerischen Werken war eine Wahrhaftigkeit wirksam, die aus den realen Lebensverhältnissen entsprang, die von Millionen Menschen über einen längeren Zeitraum hinweg bejaht wurden und mit positiven Erwartungen verknüpft waren. Davon nicht zuletzt war die historische Neuartigkeit der Literatur und Kunst der DDR geprägt, die international interessierte.

6. Dieser Impetus erlahmte allerdings im Laufe der Zeit und wich jener Tendenz in den Künsten, die sie zunehmend als kritisch-oppositionell auswies und deren Anliegen es war, der degenerierenden DDR-Gesellschaft immer wieder ihre verdrängten und verratenen Ideale ins Bewußtsein zu rufen. Getragen von sich entwickelnden mündigen Bürgerinnen und

Bürgern, die schließlich 1989 die Wende herbeiführten, entwickelte sich in den Künsten und im Gespräch über sie ein intensiver inoffizieller Diskurs, der Unzufriedenheit und die Kritik sowohl der Details als auch der Grundlagen des real existierenden Systems artikulierte und seine Reformierung erstrebte. Die schließlich erreichte Freiheit erwies sich jedoch insofern als Pyrrhussieg, weil sie mit der Aufhebung der gesellschaftlichen Grundlagen einherging, denen die Künste im Osten Deutschland ihre unverwechselbaren Eigenheiten verdankten.

E. *Zur Akzeptanz des DDR-Bildungswesens*

1. Das Bildungswesen der DDR war nach seiner strukturellen Gestalt, nach seinen Zielen und Inhalten durch eine Vielzahl korrespondierender und widerstreitender geschichtlicher Faktoren bestimmt. Angestrebt wurden hohe Leistungsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit, weitgehende Chancengleichheit und gesellschaftliche Effizienz. Zugleich gab es geistige Bevormundung, politische und ideologische Manipulation und Anpassung, die wiederum zu Ausgrenzungen und zu neuen Privilegierungen geführt haben.

Die erstgenannten Momente standen anfangs im Vordergrund, als noch Maßnahmen konsequent demokratischen Charakters angezeigt waren, und sie wurden ab den sechziger Jahren wieder verstärkt beschworen, als die für eine moderne Industrienation nun einmal unverzichtbaren Bildungs- (sowie Wissenschafts-)Erfordernisse deutlich wurden. Sie wurden jedoch mehr und mehr überlagert und zurückgedrängt von der Dominanz der Anforderungen der unbedingten politischen und ideologischen Absicherung und Stabilisierung der Macht in diesem Bereich.

2. Hochgesteckte Ziele und anspruchsvolle Inhalte der Bildung auf allen Stufen des Bildungswesens gerieten bis zuletzt und zunehmend in Widersprüche zur Realität des gesellschaftlichen Lebens in der DDR. Hauptausdruck dessen war die Überdehnung der politischen und ideologischen Funktion der Bildungsinstitutionen, die Politisierung und Ideologisierung der Bildungsinhalte auf allen Stufen des Bildungswesens und die Reglementierung der Inhalte und Formen der Bildung und Erziehung sowie der sie ausführenden Personen selbst.

Innovationen für eine zeitgemäße Entwicklung des Bildungswesens, wie sie nach dem Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ (1965) möglich gewesen wären (von der pädagogischen Wissenschaft vorgebracht), wurden abgewiesen. Das Bildungswesen stagnierte. Stagnation wurde als Kontinuität bezeichnet. Schließlich scheiterte das Bildungswesen als Bestandteil des gesamten gesellschaftlichen Systems der DDR am Ende der 80er Jahre nicht zuletzt an den Gründen, die in diesem Bildungswesen selbst und in seinen Beziehungen zur Gesellschaft der DDR lagen.

3. Das nach 1965 gestaltete „einheitliche sozialistische Bildungssystem“ der DDR wies für künftige Entwicklungen in Deutschland Vorzüge und traditionswürdige Modernität, zugleich aber Defizite und Fehlentwicklungen auf.

Immerhin lagen dem Bildungswesen der DDR bei aller politischen und ideologischen Instrumentalisierung ihrem Wesen nach humanitäre Absichten zugrunde, die sich aus dem Verständnis vom Sozialismus als einer dem Menschen dienlichen Gesellschaft erklären, jedoch nur bedingt realisiert wurden. Es war keine hohle Phrase, wenn die Pädagoginnen und Pädagogen aufgefordert waren, sich um Persönlichkeitsentwicklung, um Ausprägung reicher Individualitäten, um eine „optimale“ Entwicklung eines jeden Kindes und Jugendlichen zu bemühen. Viele haben für solche Ziele aufopferungsvolle pädagogische Arbeit geleistet, insbesondere Tausende von Kindergärtnerinnen, Lehrerinnen und Lehrern. Die wesentlichsten Akteure in den Kinderkrippen, Kindergärten und allgemeinbildenden Schulen waren gut ausgebildete und pädagogisch hoch motivierte Frauen.

Zum anderen leiteten sich die Begrenzungen und die (resultative) Ineffizienz genuin humanitärer Absichten und Programme im Bildungswesen der DDR nicht allein aus dem Mißbrauch der Erziehung für die Durchsetzung und Erhaltung von politischer Macht her, sondern auch aus einem statischen Persönlichkeitsbild, dem relativ fest gefügte Eigenschafts- oder auch „Tugend“kataloge, ethische und intellektuelle Gebote zugrunde lagen, auf die hin Kinder und Jugendliche zu erziehen seien. Diese Katechisierung wünschenswerter Eigenschaften der werdenden Persönlichkeit stand im Widerspruch zu der Idee individueller Entwicklung.

4. Die unstrittigen Leistungen des Bildungswesens der DDR verweisen darauf, daß Erziehung Wesentliches zur Persönlichkeitsentwicklung beizutragen vermag. Der antifaschistische, der soziale, der solidarische Sinn, die hohe moralische und soziale Wertung der Arbeit und ihrer Ergebnisse, das Gerechtigkeitsempfinden von Millionen früherer DDR-Bürgerinnen und Bürger, die das Bildungswesen der DDR passiert haben, beweisen das. Als sich Teile der Bevölkerung der DDR am Ende der achtziger Jahre gegen das stagnierende, verknöcherte politische System auflehnten, wollten sie beim Wort nehmen, was ihnen in den Einrichtungen des Bildungswesens der DDR über Gerechtigkeit, Sozialität und Demokratie vermittelt worden war. Zugleich verweist der Geschichtsprozeß in der DDR darauf, daß Erziehung und soziale Erfahrung unmittelbar miteinander korrespondieren müssen.

In diesem Kontext kann nicht überraschen, daß soziologische Erhebungen (1993) ergeben haben, daß beträchtliche Anteile der früheren DDR-Bürger sich die Strukturen des Bildungswesens der DDR zurückwünschen und die nach der Vereinigung durch inkompetente Politiker oktroyierten Bildungssysteme, die Schultypen, die Bildungswege, die Konfusion, die

Unübersichtlichkeit, die soziale Ungerechtigkeit und die pädagogische Gleichgültigkeit kritisieren.

F. *Zur Akzeptanz wissenschaftspolitischer und wissenschaftlicher Leistungen in der DDR*

1. Es ist keineswegs solide und der historischen Wahrheit dienlich, wenn die Wissenschaftsrealität der DDR auf ihre Einbindung in die gesellschaftliche, d. h. politische und ideologische, Realität der DDR reduziert wird. Hierin äußerte sich nicht ihr Wesenszug als Wissenschaft, wohl aber ihre gesellschaftlichen Funktion.

Ohne die ab 1990 stattgefunden vordergründige Abrechnung mit der politischen Einbindung der Wissenschaften der DDR hätten die Wissenschaftstraditionen der DDR durchaus einen entwicklungsfördernden Einfluß auf die Gestaltung des Wissenschaftsgefüges des vereinigten Deutschlands ausüben können, speziell wenn ihnen die Chance des freien Wettbewerbs mit den in der Bundesrepublik Deutschland gewachsenen Formen eingeräumt worden wäre. Nur ein solcher Wettbewerb (den keinerlei noch so gewissenhaft ausgeführte Evaluation ersetzen konnte) hätte den gültigen Nachweis erbracht, was an diesen Traditionen lebendig und bewahrenswert und was steril und unbrauchbar war.

2. Wirkliche Wissenschaft und deren sozial nützliche praktische Umsetzung, der Fortschritt an wissenschaftlicher Erkenntnis und die Heranbildung von Menschen, die fähig zur eigenständigen Problemerkennung und zu produktiven wissenschaftlichen Problemlösungen sind, war stets offiziell verkündetes Ziel der Wissenschafts- und Hochschulpolitik der SED. Und das beruhte nicht nur auf einem bloßen Propagandabedürfnis, da es sich hier um offenkundige Bedingungen dafür handelte, daß die DDR nicht von vornherein ihren Anspruch als modernes Industrieland hätte aufgeben müssen.

Als ab Mitte der fünfziger Jahre in den sozialistischen Ländern erkannt wurde, daß der gesamte neuere Aufschwung von Wissenschaft und Technik in unserer Zeit den Systemwettstreit zwischen Ost und West unvermeidlich zugunsten des Westens entscheiden wird, wenn die sozialistischen Länder in diesem Bereich in Rückstand geraten bzw. weiter in ihm verbleiben, mußte Leistungssteigerung in allen Zweigen der Wissenschaft (und der Bildung) verlangt werden. So entwickelte sich bis zu den sechziger Jahren eine erhebliche soziale Ausweitung des Bildungssystems. Vielfältige wissenschaftliche Arbeiten in Lehre und Forschung, seriös und zielstrebig betrieben, sind damals zu teilweise nennenswerten Ergebnissen geführt worden, darunter solchen mit beachtlicher internationaler Anerkennung.

3. Es gereicht zur Ehre der im Bereich von Wissenschaft und Bildung in der

DDR tätig gewesen Menschen, unter den Bedingungen des Wissenschaftsembargos bis Anfang der siebziger Jahre und des Technologieembargos bis zum Schluß Beachtliches geleistet zu haben. So ist von den durch die DDR-Wissenschaft hervorgebrachten und bis 1990 auch im Ausland anerkannten Ergebnissen, gleich, welcher Disziplin, nach dem Anschluß der DDR nicht ein einziges – mit wissenschaftlichem Anspruch und von der Fachwelt akzeptiert – widerlegt bzw. in Frage gestellt worden.

Die staatliche Leitung der Wissenschaft, die sich letztlich aus dem staatlichen Eigentum an den Produktionsmitteln ergab, ermöglichte eine Zusammenfassung der Kräfte für gesellschaftlich und volkswirtschaftlich wichtige Aufgaben. Das erwies sich auf einer Reihe von Gebieten, gerade im internationalen Wettbewerb, als fruchtbar. Zugleich führte sie im Zusammenhang mit dem politischen und ideologischen Monopolanspruch der SED zu in der Regel schwerfällig – bürokratischen, die Intelligenz oft entmündigenden und sowohl den Ideenwettbewerb als auch die Herausbildung regionaler Vielfalt hemmenden Vorschriften, Planungs-, Leitungs- und Kontrollmechanismen. Hinzu kamen die Verschulung produzierende Formen der akademischen Aus- und Weiterbildung, einschließlich der Graduierung, die mangelnden Möglichkeiten zu eigenen Publikationen, wie auch des Austausches mit der internationalen Wissenschaft, die Tendenzen des Provinzialismus und der Isolation, die in Umfang und Qualität beachtlichen Ausstattungsdefizite, speziell auf dem Gebiet der Experimental- und Informationstechnik und vieles andere mehr.

Unter den Hochschullehrern wie Studierenden wurde jahrzehntelang immer wieder über die „Verschulung“ der akademischen Ausbildung, über die einseitige Orientierung der Volksbildung auf das „Kurzzeitgedächtnis“ (auf Prüfungsfragen reduziert) sowie über andere Mängel des Bildungswesens geklagt und dazu vergeblich Änderungsvorschläge entwickelt. Das demotivierte auch jene Teile der Intelligenz, die aktiv an der Neugestaltung der Gesellschaft mitwirken wollten. Unter diesen Bedingungen konnten die frommen Wünsche bezüglich der Ausbildung hochbefähigter und hochmotivierter, zu eigenständiger Problemerkennung und Kreativität befähigter Kader, nicht verwirklicht werden. Dazu gab es schon Ende der 50er Jahre einige Ansätze, die im März 1980 die Gestalt eines grundsätzlichen Politbürobeschlusses annahm, die aber niemals eine sichtliche Realisierung erlangten.

Nicht erfüllt wurden dringend nötige Voraussetzungen, damit die DDR in der Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Produktivität mithalten konnte, wie die Gewährung von schöpferisch nutzbaren Freiräumen für Lehrer und Studenten, der Übergang zu einem vorwiegend fakultativ gestalteten Studienprogramm, die Senkung der Pflicht – Semester – Wochen – Stunden, die Ausweitung der Literaturliste, die Ausdehnung der von

den Dozenten und Professoren selbstbestimmten Inhalte ihrer Lehrtätigkeit, die vielfältige Einbeziehung der Studierenden in die Forschung bzw. Praxis, die problem- und anwendungsbezogene Lehr- und Studententätigkeit u. a.

4. Zu den positiven Aspekten des Wissenschaftssystems der DDR, über die nicht hinweggesehen werden darf, gehören insbesondere:
- a) die gleiche soziale Sicherheit aller Typen wissenschaftlicher Arbeitsverhältnisse. Sie kannte keine Aufspaltung der Wissenschaftlerpopulation in eine privilegierte, durch die lebenslange Sicherung der Arbeitsplätze zur Verfolgung ihrer wissenschaftlichen und Lebenspläne befähigte Beamtenschicht und in eine nichtprivilegierte, zum Alternieren zwischen Zeitstellen und Phasen der Arbeitslosigkeit genötigte Arbeiterschicht (mit wenig Möglichkeiten, in die vorgenannte Schicht aufzusteigen);
 - b) die Normalität stabiler Wissenschaftlergruppen, zusammengesetzt aus Angehörigen unterschiedlichen Qualifikationsgrades, unterschiedlicher Begabungshöhe und unterschiedlicher Berufserfahrung, damit zwar unterschiedlichen aktuellen Einkommensniveaus, jedoch prinzipiell gleichen Berufschancen bzw. Perspektiven und in der Regel gleichem Gesamtinteresse am Resultat der gemeinsamen Arbeit;
 - c) der in der DDR bei aller Unzulänglichkeit des Erreichten immer noch höhere quantitative Anteil und qualitative Einfluß der Wissenschaftlerinnen, infolge der gezielten Förderung von Frauen, bei Schaffung von Möglichkeiten, Berufstätigkeit mit Kinderbetreuung zu vereinbaren, die Vielzahl der in der DDR erprobten Wege der Begabtenförderung und der engen Verbindung von Studium und Beruf;
 - d) die vielfältigen neu entwickelten Formen und Wege, die wissenschaftliche Forschung mit den Problemstellungen, mit dem Leistungspotential und mit den Umsetzungsmöglichkeiten der modernen Produktion zu verbinden, nicht nur über die Wege der Verbindungen zwischen Akademie und Hochschulen mit der Industrie, sondern auch vermittels spezieller Industrie-Forschungs-Zentren;
 - e) das bedeutend günstigere Verhältnis von Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftlern und Studentenzahlen an den Universitäten und Hochschulen, was im Prinzip (allerdings ohne die administrativen Hindernisse und politischen Einmischungen, die dem in der DDR im Wege standen) eine wesentlich individualisiertere und zugleich intensivere Studiengestaltung ermöglicht hätte;
 - f) die vielfältigen Formen von kostenloser Weiterbildung einschließlich eines ausgebauten Systems des Fernstudiums und der Erwachsenenqualifizierung;
 - g) die Rolle bestimmter Foren und Mechanismen der überinstitutionellen Koordinierung der wissenschaftlichen Arbeit, die (allerdings von

zentralistischer Einseitigkeit und politischer Reglementierung befreit) durchaus imstande gewesen wäre, die aus dem Kulturföderalismus entspringende Tendenz der Zersplitterung und Inkompatibilität wirksam zu kompensieren. Das schließt auch die Zuordnung von akademischer Gelehrten-gesellschaft und professioneller Forschungsorganisation als eine effektive Möglichkeit der Institutionalisierung von Erkundungs und zielorientierter Grundlagenforschung mit ein.

- G. *Was an sozialen und ökonomischen Verhältnissen in der DDR nach ihrem Anschluß bewahrenswert gewesen wäre*
1. Vorhersehbar hatte der Anschluß der DDR an die Bundesrepublik Deutschland die Konsequenz, daß deren System übernommen und das DDR-System liquidiert wird, auch wenn das seinerzeit nicht von allen so erkannt wurde. Es war damit zu rechnen, daß mit dem politischen System auch die in der DDR herrschenden Eigentums-, Rechts-, ökonomischen und sozialen Verhältnisse verschwinden werden. Es war jedoch nicht zwangsläufig zu erwarten, daß alle wie auch immer gearteten Verhältnisse, Formen, Normen und Traditionen, sofern sie nur das Markenzeichen „DDR“ aufwiesen, fast ohne näheres Hinsehen in den Orkus geschickt würden. Und dies zusammen mit dem Ausroden von Institutionen und Betreuungseinrichtungen, mit dem Plattmachen der materiellen Werte (soweit nicht ganz unmittelbar und erheblich gewinnträchtig) und mit dem Brachlegen großer Teile des Arbeits- und geistigen Potentials der DDR-Gesellschaft.
Zumindest eine auf vorausschauenden Vorteil bedachte Inventur des zu-gefallenen Erbes, welche mit nüchterner Objektivität das Brauchbare vom zu Verwerfenden sondert, hätte man von der politischen und ökonomischen Elite der Alt-Bundesrepublik erwarten können. Es wäre dabei sicher mehr als der „grüne Pfeil“ als durchaus verwertbar oder ausbaubar in die gemeinsame Kasse gekommen. Verhindert werden sollte offensichtlich, daß die Menschen aus der Alt-Bundesrepublik Deutschland soziale und andere Systeme der DDR als brauchbar kennenlernen und eventuell übernehmen wollen würden.
 2. Es war auch eine Chance der Enquete-Kommission, in den von ihr beleuchteten Gebieten mit solcherart Fragestellung nicht nur die eigentlich gebotene Differenziertheit der Beurteilung zu fundieren und damit die ebenso dringend nötige wie schwierige Aufgabe der Versöhnung zu befördern, sondern außerdem für die verschiedensten Gebiete mit nützlichen Hinweisen zum „Wie weiter?“ aufwarten zu können.
 3. Die mit der Wiedervereinigung erfolgte Grundsatzentscheidung gegen die in der DDR praktizierte Planwirtschaft und für die Marktwirtschaft wurde zumindest unnötig mit einer rigiden, d. h. ausschließlichen und fiebrig

forcierten Privatisierung der volkseigenen Wirtschaft und mit einem extrem ungezügelten Bereicherungszug verbunden.

Einerseits ist Marktwirtschaft durchaus mit einer Vielfalt von Eigentumsformen vereinbar (vorübergehend in jedem Falle). Eine Mischung von Privateigentum, öffentlichem Eigentum von Bund, Ländern und Kommunen und genossenschaftlichem Eigentum plus gemischter Unternehmen hätte das Grundprinzip der Marktwirtschaft, den Wettbewerb, eher gefördert als behindert.

Andererseits wurde eine weitestgehende Abstinenz geübt, in der eigentlich nötigen (und marktwirtschaftlich möglichen) Weise direkt oder indirekt ordnend und strukturgestaltend auf die vielfach und für länger nicht voll zur Selbstregulierung fähigen Märkte impulsgebend und wettbewerbsfördernd einzuwirken. Krasse Ungleichgewichte und Monopolsituationen entstanden und belasten die deutsche Wirtschaft.

4. Art, Tempo und Ausmaß der Privatisierung der volkseigenen Wirtschaft waren offenkundig mehr ideologisch als ökonomisch bestimmt. Bei ausgewogenem Herangehen und längerem Atem wäre das Schaffen von Kapitalgesellschaften, in denen der Bund oder die Länder (in etlichen Fällen die Kommunen), zusammen mit Kapital- und Kreditbeteiligung Dritter, bei Einstieg eines erfahrenen Managements, aussichtsreich gewesen (zumindest mit mittelfristigem Zeitziel). So wären öffentliche Vermögenswerte, Arbeitsplätze, Märkte (darunter binnenwirtschaftliche bzw. regionale), aber natürlich auch Konkurrenzssituationen, erhalten geblieben.

Diese forcierte Privatisierung (fast um jeden Preis) erwies sich überhaupt als verlustreichste Variante der Privatisierung. Das Feilbieten faktisch einer ganzen Volkswirtschaft zum schnellstmöglichen Verkauf mußte unvermeidlich zur Folge haben, daß der Verkäufer selbst, die Treuhandanstalt, entgegen marktwirtschaftlich vernünftigen Überlegungen die ohnehin lustlosen Käufer vollends in die Position von Monoplnachfragern bringt, in der diese faktisch die Bedingungen diktieren können.

5. Die Landwirtschaft der DDR hätte, bei entsprechendem Konzept der Strukturanpassung recht gut in der Lage sein können, in relativ kurzer Zeit den Übergang zur Marktwirtschaft unter den Bedingungen der EG-Agrarpolitik zu vollziehen. Was die Betriebsgrößenstruktur betrifft, befand und befindet sich die ostdeutsche Landwirtschaft in einem deutlichen und ökonomisch sehr bedeutsamen Vorteil gegenüber der Landwirtschaft der Altbundesländer. Dieser Vorteil kann aber sehr schnell verspielt werden (und die Politik der Bundesregierung läuft darauf hinaus,) wenn der ostdeutschen Landwirtschaft das „Modell des bäuerlichen Familienbetriebes“ aufgezwungen wird, das sich eindeutig als Auslaufmodell erwiesen hat.
6. Eine besonders reiche Vermögensausstattung der ostdeutschen Kommunen wäre wegen der Dominanz des Volkseigentums in der DDR, einschließlich

des zu DDR-Zeiten extrem unterbewerteten Grundbesitzes, möglich gewesen und angesichts der ausgeleerten Kassen für die wirtschaftliche Fundierung der kommunalen Selbstverwaltung sowie für die wirtschaftliche Gesundung in Ostdeutschland sogar dringend erforderlich gewesen.

Diese Chance wurde und wird absichtsvoll nicht genutzt. Die staatliche Hoheitsaufgabe der Vermögenszuordnung an die Kommunen wurde in ihrer Ausführung zu einem großen Teil der Treuhandanstalt übertragen, die (ihrer vorrangigen Orientierung auf Privatisierung wegen) nahezu die Hälfte der Anträge der Kommunen auf Vermögensübertragung von Bildungs-, Gesundheits- und Kultureinrichtungen (die zu DDR-Zeiten zu einem Großteil betriebliche Einrichtungen waren), negativ entscheidet.

7. Ein wesentlicher, wenn auch kaum quantifizierbarer Verlust an Lebensqualität, den die ehemaligen Bürgerinnen und Bürger der DDR zu verzeichnen haben, ist die inzwischen völlig veränderte Situation im Bereich der Arbeitswelt. Nicht nur, daß es in der DDR für Frauen wie Männer in der Regel wenig problematisch war, die geeignete Berufslaufbahn einzuschlagen (sei es im direkten Zugriff oder sei es mit mehrmaligem Anlauf) – erst recht war es normal, überhaupt einen Arbeitsplatz zu erhalten, um durch eigene Arbeit den Lebensunterhalt zu sichern

Es war für die DDR eigentlich typisch, daß der Betrieb und das Umfeld der Arbeitstätigkeit – hier vor allem das engere Arbeitskollektiv – zu einem Bestandteil der unmittelbaren Lebenswelt mit vielerlei sozialen, individuell-persönlichen und auch ideellen Beziehungen geworden war. Wenn auch die hier durchschlagende Tendenz zum Kollektivismus vom Einzelnen mehr oder weniger als gängelnd und bevormundend empfunden wurde, so gab es in diesem Bereich doch spürbare, sich entwickelnde Beziehungen der Kommunikation, gegenseitigen Hilfe und Unterstützung und das Geborgenheit vermittelnde Erleben der Gemeinsamkeit. Demgegenüber sind das Erleben faktischer Ausgrenzung durch Arbeitslosigkeit und der allgegenwärtige Kampf „aller gegen alle“ um das soziale Über- oder Besserleben drastische Negativ-Erfahrungen für die von der ehemaligen DDR-Wirklichkeit geprägten Menschen Ostdeutschlands.

8. Von den sozialen Regelungen/Verhältnissen der DDR, von denen vieles erhaltenswert gewesen wäre, hat die Enquete-Kommission kaum Notiz genommen. Davon ist besonders Folgendes hervorzuheben:
 - a) Der grundlegende Unterschied der sozialen Verhältnisse der DDR zu denen in der BRD, daß die Mittel zum Lebensunterhalt überwiegend durch eigene Arbeit erworben oder – wenn dies noch nicht oder nicht mehr möglich war – durch staatliche Fürsorge erlangt wurden, förderte die unabhängige Lebensführung eines jeden Menschen. Das Sozialversicherungsprinzip war ergänzt durch eine soziale Sicherung, somit war das in der Bundesrepublik Deutschland dominierende Subsidiaritätsprinzip

mit entwürdigenden Bedürftigkeitsprüfungen unbekannt. Gewiß gab es auch eine Art staatlicher Befürsorgungsmentalität, die sich jedoch nur ausprägen konnte, weil eine leistungsgerechte soziale Differenzierung im Lohn- und Gehaltssystem ungenügend ausgeprägt war, ein Trend zur Gleichmacherei existierte.

Unbestritten ist jedoch, daß grundlegende Menschenrechte auf Arbeit, soziale Sicherung, gesundheitliche Fürsorge und Wohnung weitgehend gewährleistet waren.

- b) Die nicht subsidiäre Gewährung sozialer Leistungen führte dazu, daß Kindergeld unabhängig vom Einkommen der Eltern gezahlt wurde, daß es für alle Studentinnen und Studenten ein Stipendium gab und die Renten aus Versicherungsansprüchen durch eine Mindestrente ergänzt waren. Vor allem ältere Frauen und Menschen mit Behinderungen waren damit sozial mindestgesichert. Die heute häufig belächelte oder verächtlich gemachte geringe Höhe (Stipendium 280 Mark, Mindestrente 330 Mark) erlaubte zu DDR-Zeiten jedoch eine bescheidene eigenständige Lebensführung, vor allem durch die Subventionierung von Waren des täglichen Bedarfs, von Mieten und Verkehrstarifen und von Eintrittsgeldern für kulturelle und sportliche Veranstaltungen in Milliardenhöhe.
- c) Erhaltenswert wäre das gefächerte Angebot der Kinderbetreuung von der Krippe über den Kindergarten bis zum Schulhort gewesen. Betriebliche soziale Leistungen für die Kinder der Beschäftigten, vor allem die Kinderferienlager, halfen die Angebotspalette für eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung zu erweitern. Unschätzbar im Wert für eine vielseitige Entwicklung waren Kinderfreizeitstätten und Jugendklubs.

Der Kinder- und Jugend-Gesundheitsschutz mit regelmäßigen prophylaktischen allgemein- und zahnärztlichen Untersuchungen, mit der fast automatischen Abarbeitung eines Impfkaltenders, sicherte, daß viele gefährliche Infektions- und Kinderkrankheiten getilgt waren. Die DDR hatte ein international anerkanntes Dispensaire-System, das inzwischen nahezu liquidiert ist.

- d) Die Polikliniken der DDR, als effektive Organisationsform gemeinschaftlichen Agierens von Ärztinnen und Ärzten, hätten dem kostenexplodierenden Gesundheitssystem der Bundesrepublik gut getan. Mit untereinander abgestimmter Arbeit (keine Doppel- und Dreifachuntersuchungen), mit gemeinsam genutzter Gerätetechnik und Bausubstanz könnte ein kostensparender struktureller Impuls in die permanente sogenannte Gesundheitsreform eingebracht werden, anstatt nur laut über eine höhere Eigenbeteiligung der Patientinnen und Patienten nachzudenken.

Trotz artikulierten politischen Willens ist das geschlossene Netz der

Polikliniken der DDR dem Gewinninteresse der niedergelassenen Ärzteschaft der Alt-Bundesrepublik Deutschland zum Opfer gefallen.

Die ausgeprägte Schwangerenbetreuung sowie das ganzheitliche System zur Eingliederung und Rehabilitation behinderter Menschen – materiell sicher unzureichend ausgestattet – sind ebenfalls bei der Überstülpung des westdeutschen Gesundheits- und Sozialsystems als nichtkompatibel auf der Strecke geblieben. Gleiches gilt für die kostenlosen prophylaktischen und Heilkuren.

- e) Die wachsende Zahl der Obdachlosen auch in den neuen Bundesländern läßt das Wohnungsbauprogramm der DDR in einem anderen Licht erscheinen. Sicher waren die Wohnungen bescheiden ausgestattet und klein, sicher führte die Konzentration von Neubaugebieten auf der grünen Wiese zu Problemen im soziokulturellen Umfeld – aber: es entstanden mehr und mehr, vor allem bezahlbare Wohnungen. Obdachlosigkeit war ein Fremdwort, Räumungen auf die Straße waren verboten.
 - f) Nicht zu unterschätzen ist das Ferienangebot, das der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund zu extrem billigen Preisen Beschäftigten und Veteranen unterbreitete. Obwohl das Reiserecht der Bürgerinnen und Bürger der DDR erheblich eingeschränkt war, konnten sich so Millionen jährlich einen Erholungsurlaub leisten, auch und gerade dann, wenn ihre Renten und Löhne relativ gering waren.
9. Die Entwicklung im Herbst 1989 und die aktive, zum Teil auch ambivalente Rolle von Frauen in diesem Prozeß ist ohne eine Charakterisierung der Frauenpolitik in der DDR nicht zu verstehen. Im Hinblick auf die Differenzen in der politisch-historischen Identität zwischen Frauen aus Ost und Frauen aus West ist es unverantwortlich, mit der DDR-Frauengeschichte einen bedeutsamen Teil der deutschen Nachkriegs-Frauengeschichte zu verleugnen oder durch Subsumtion unter eine abstrakte „Gesamtgeschichte“ zu verschweigen.
- a) Theorie und praktische Frauenpolitik in der DDR standen in der Tradition eines Weltbildes, das gesellschaftliche Prozesse aus dem Blickwinkel ihrer ökonomischen Ursachen heraus bewertete und erklärte. Der Geschlechterwiderspruch, so er nicht ganz und gar geleugnet wurde, erschien in diesem Kontext als ein Nebenwiderspruch, der mit Lösung des Hauptwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit verschwinden würde.

Mit der Gleichberechtigung, d. h. der formalen gesetzlichen Gleichbehandlung von Frauen und Männern, glaubte man, das Problem der Benachteiligung von Frauen zu beheben. Gleichberechtigung implizierte aber auch in der DDR, daß an Frauen die Forderung nach Anpassung an männlich geprägte Wertvorstellungen, Normen und Lebensentwürfe

gestellt wurde. Gleichbehandlung setzte solche Anpassung voraus und reproduzierte infolgedessen die bestehenden patriarchalen Strukturen, statt sie aufzuheben.

Die marginale Bedeutung des Geschlechterwiderspruchs und die daraus resultierende mangelnde Auseinandersetzung mit dieser Problematik hatte zur Folge, daß Frauenpolitik in der DDR auf den traditionellen Schwerpunkten kommunistischer und sozialdemokratischer Frauenpolitik der 20er Jahre aufbaute, ohne diese kritisch zu hinterfragen und die Theorie den geänderten gesellschaftlichen Bedingungen anzupassen.

- b) Wie andere Politikfelder auch, war Frauenpolitik in der DDR eine durch die SED zentralistisch geplante und geleitete Politik. Sie wurde zunehmend für Frauen, nicht von Frauen und mit Frauen gemacht. Raum für weibliche Subjektivität war in diesem Konzept kaum vorgesehen.

Ausgehend von der Nebenwiderspruchstheorie und in einem paternalistischen Verständnis vom Verhältnis Partei/Staat – Frauen, wurde eine eigenständige und besondere Interessenartikulation und -vertretung von Frauen als dekadenter kleinbürgerlicher Angriff auf die führende Rolle der Partei interpretiert und damit tabuisiert.

Frauen emanzipierten sich nicht selbst, sie wurden emanzipiert.

Die auch heute noch verbreitete antifeministische Haltung vieler Frauen in den neuen Bundesländern hat hierin eine wesentliche Ursache.

- c) Frauenpolitik der DDR bewegte sich immer im Spannungsfeld zwischen der offiziell als gelöst geltenden sogenannten Frauenfrage und den in der Praxis sich vertiefenden gravierenden Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen hinsichtlich ihrer Stellung in der Gesellschaft:
- Der rechtlichen Gleichheit von Frauen und Männern stand eine soziale Ungleichheit beider gegenüber (in gewisser Hinsicht sogar in der Entlohnung), die gravierender war als zwischen anderen sozialen Gruppen bestehende Unterschiede.
 - Einerseits existierte die verordnete Gleichheit, deren Maßstab männliche Normen, Wertvorstellungen und Lebensentwürfe waren, andererseits gab es tatsächliche Fortschritte in bezug auf die Gleichheit in der Rechtsgestaltung.
 - Der instrumentellen staatlichen Verfügung über weibliches Arbeitsvermögen stand die ökonomische Unabhängigkeit der erwerbstätigen Frauen gegenüber.
 - Durch einseitig an Frauen adressierte politische Entscheidungen wurden traditionelle Rollenbilder und Haltungen in der Praxis befördert und verfestigt, während andererseits die bestehende Benachteiligung von Frauen durch eben diese kompensatorischen Maßnahmen aufgehoben werden sollte und auch tatsächlich abgeschwächt wurde.

- d) Die ökonomische Eigenständigkeit von Frauen, ein umfassender Frauen- und Mutterschutz, die liberale Fristenlösung hinsichtlich einer selbstbestimmten Schwangerschaft, die rechtliche Gleichstellung in Ausbildung und Beruf, gesicherte gesundheitliche Fürsorge, soziale Sicherheit im alltäglichen Leben schufen für Frauen wichtige Ausgangspunkte einer emanzipatorischen Entwicklung. Aber sie waren nicht hinreichend für eine wirkliche Änderung des auch in der DDR vorherrschenden Zivilisationsmodells Patriarchat. Die Stellung der Frauen in der DDR blieb trotz günstigerer Entwicklungsbedingungen die einer benachteiligten und ausgebeuteten Frau im Patriarchat.

Wegen der verkürzten Auffassung von einer emanzipatorischen Gesellschaft als einer von kapitalistischer Lohnarbeit befreiten Gesellschaft führten diese günstigen Bedingungen nicht zu einer wirklichen Befreiung der Frauen von männlicher Vormundschaft.

- e) Frauenpolitik in der DDR war von Anfang an eine auf die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Erwerbstätigkeit ausgerichtete Politik. Die staatliche Förderung seit dem „Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau“ im Jahre 1950 war fast immer begrenzt auf den erwerbstätigen Teil der weiblichen Bevölkerung und hierunter zunehmend auf die erwerbstätigen Mütter.

Auftretende Konflikte und Widersprüche wurden als individuelles Versagen der Betroffenen, Rudimente bürgerlichen Denkens bei einzelnen oder ideologische Hemmnisse verharmlost.

Die Erwerbszentriertheit staatlicher Frauenförderung hatte die fatale Folge, daß die zu rund 75 % aus Frauen bestehende ältere Generation, die nicht mehr erwerbstätig war, vor allem jene, die ihre Erwerbstätigkeit vor Gründung der DDR hatten, aus staatlich subventionierter Frauenförderung ausgeklammert wurde und in ihrem Lebensniveau Ungerechtigkeiten erlitt.

- f) Die an sich hohe Wertung der Arbeit wurde in der DDR auf Berufs- und Erwerbsarbeit verkürzt, wodurch der Anteil von Frauen an gesellschaftlich notwendiger Arbeit nur partiell wahrgenommen wurde.

Unter dem Postulat der Gleichheit wurde versucht, das Prinzip der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung zwischen bezahlter, produktiver, vorrangig durch Männer geleisteter Erwerbsarbeit und unbezahlter, reproduktiver, vor allem von Frauen geleisteter Familien- und Hausarbeit zu modernisieren. Mit dem Ergebnis, daß in der DDR die vorher Männern vorbehaltenen Erwerbsarbeit und die unbezahlte Arbeit durch Frauen gemacht wurde.

Familien- und Hausarbeit als gesellschaftlich unbedeutende Arbeit blieb in der Verantwortung der Frauen, auch wenn von den 70er Jahren an das

Modell des „mithelfenden“ Ehemannes sich allmählich durchzusetzen begann.

Mit dieser durch Frauen geleisteten erheblichen Mehrarbeit wurden Mängel in den Rahmenbedingungen für die Erwerbstätigkeit der Bevölkerung – des Dienstleistungssektors, des Verkehrswesens, des Gesundheitssystems – ausgeglichen. Diese Tatsache und die für Frauen aus der Mehrfachbelastung erwachsenden Probleme fehlten in der öffentlichen Diskussion und wurden damit individualisiert.

Schlußteil:

1. Es entsteht die Frage, ob – und wenn ja, wie – die als Aufarbeitung bezeichnete politisch orientierte Auswertung der Geschehnisse, Hintergründe und Folgen der jüngeren Geschichte Deutschlands weiter geführt werden kann bzw. soll. An den im Bericht zusammengefaßten Ergebnissen der Enquete-Kommission gemessen, kann der jetzige Stand keinesfalls als befriedigend bezeichnet werden. Mit der Vorlage dieses Berichtes an den Deutschen Bundestag am 17. Juni 1994 ist diese Aufarbeitung nicht abzuschließen (die wissenschaftliche historische Forschung ohnehin nicht). Abgesehen von den teilweise kritikwürdigen einseitigen Deutungen von selektiv aus den Expertisen und Anhörungen entnommenen Aussagen, ist die Tiefe und Breite der von der Enquete-Kommission durchgeführten Analysen für eine abrundende Gesamtaussage zum Untersuchungsgegenstand nicht ausreichend. Das rührt u. a. von der kurzen zur Arbeit verfügbaren Zeitspanne her, zum Teil vom unzureichenden Forschungsvorlauf, aber auch von dem in vielem nicht auf ausgewogene Untersuchungen im sachlichen und historischen Zusammenhang ausgelegten Untersuchungsprogramm. Und selbst das wurde nur teilweise erfüllt, wie die im Bericht benannten Forschungsdesiderate beweisen.
2. Verglichen mit dem Untersuchungsprogramm bleiben sogar solch wesentliche Fragenkomplexe unterbelichtet, wie z. B. die Sachanalyse der Struktur und der Entwicklung des Machtapparates (einschließlich des MfS); die DDR-Wirtschaft als Objekt der inneren und äußeren politischen Einflußnahme und als eigenständiger Faktor der Systementwicklung (inhaltlich und auch funktionell); das Rechtssystem in seiner Ganzheit (einschließlich Zivil-, Familien-, Arbeits-, Sozial- und Wirtschaftsrecht), nicht nur unter vom Aspekt der Unrechtstaten, die im Bereich von Recht, Justiz und Polizei herausragen, sondern auch im Hinblick auf das Funktionieren des Gesamtsystems; ferner die Reaktionen der SED-/DDR-Führung auf die in den verschiedenen Phasen ihrer Entwicklung sehr verschieden spürbaren äußeren Einwirkungen von „Freund“ und „Feind“ (in damaliger Sicht) auf die inneren Geschehnisse; die Entwicklung der Interessenstrukturen,

Handlungsbedingungen und Verhaltensmotive der Bevölkerung sowie ihrer hauptsächlich sozialen und politischen Gruppierungen, darunter der zeitweilig oder dauernd systemstützenden Kräfte.

3. Notwendig erscheint eine tiefergehende Aufarbeitung der gesamten deutschen Nachkriegsentwicklung, einschließlich der des SED-Regimes, aber eben nicht nur auf dieses bezogen, weder losgelöst von den vorausgegangenen Jahrzehnten noch von den internationalen Rahmenbedingungen – und ohne jegliche Tabus. Das ist eine Aufgabe, die nicht allein von der historischen Forschung im engeren Sinne bewältigt werden kann und schon gar nicht durch das Urteil der aktuell gegebenen politischen Kräfteverhältnisse mit einem dauerhaft gültigen Ergebnisstempel versehen werden kann.

Es wäre deshalb für eine systematische Weiterführung der Untersuchungen zu plädieren. Dazu müssen DDR-spezifische Erscheinungen und Problemstellungen allerdings eingebunden werden in die korrespondierenden Wechselbeziehungen zur Entwicklung der Alt-Bundesrepublik wie auch in den gemeinsamen historischen Hintergrund der Zeit vor 1945. Es muß – unabhängig vom politischen Standpunkt – im Interesse der politischen Zukunft unseres Volkes liegen, ein wirklich radikales Aufdecken und Verarbeiten der vollen Wahrheit zu erreichen. Dabei sind in einer solchen Aufarbeitung der Geschichte nicht so sehr irgendwelche auftretenden Teilwahrheiten als solche bedenklich (sie können beim Umgang mit der Geschichte nie ausgeschlossen werden), sondern mehr noch das Stehenbleiben bei ihnen.

4. Die weitere Aufarbeitung kann nicht von einer politisch dominierten Enquete-Kommission – und damit von den aktuell-politischen Tagesfragen beeinflusst – erfolgreich ausgeführt werden. Sie muß aber als politisch verantwortliche Zuarbeit dem Deutschen Bundestag verfügbar werden – und zwar als ein gemeinsames Anliegen der West- und der Ostdeutschen.

Deshalb wäre ein überparteilich zusammengesetztes und die Ost- wie Westwissenschaftler kooperativ vereinendes wissenschaftliches Gremium, in Gestalt eines vom Bundestag beauftragten Gutachter-Ausschusses, eine denkbar gute Lösung für dieses Anliegen.

5. Ein wesentlicher Auftrag der Enquete-Kommission bestand darin, einen Beitrag zur Versöhnung zwischen und unter den Menschen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland zu leisten, die aus unterschiedlichen Gründen und nicht immer selbstbestimmt, über vier Jahrzehnte in gegensätzlichen und feindlichen Systemen gelebt hatten. Die Enquete-Kommission muß sich selbstkritisch die Frage stellen, ob und wie sie dieser Verpflichtung nachgekommen ist. Käme sie dabei zu einem unbefriedigenden Ergebnis, müßte dies für die Zukunft Kriterien und Maßstäbe für die weitere Tätigkeit für vom Deutschen Bundestag eingesetzten Ausschüsse und Kommissionen setzen.“